

Liebe Leute,

Tag der BRD-Annexion in Berlin, überall in der großen Stadt tummeln sich Einheitsfeierler und AMOK-Antifeierer ... überall? Nein. Ein kleiner Haufen Verrückter hackt und schnibbelt in brandneuen RefRatsRäumen am letzten Schliff des HUIs herum. Kurze Nächte und arbeitsreiche Tage lassen uns kleinbeügt auf unser fast fertiges Werk blinzeln.

Puh, vorgestern hatten wir noch etwas pessimistischere Ansichten, denn während alle RefRat-Computer zusammenbrachen (schande Daniel) und während wir mit verwurstbarem Material, daß es zu Sichten und Verarbeiten galt, wirklich gut eingedeckt worden sind, hat das GeSte Team dafür zur Freude der MitverfasserInnen umso mehr aus Münster vergessen, z.B. alles an Cartoons (wir dachten schon wir müßten ein SonderbleiwüstenHUI kreieren). Stattdessen konnten wir unseren eigenen BSÖ-Malermeister Gringo Puddingo anheuern und Euch einige HUIindividuellen Zeichnungen präsentieren. Im übrigen hatte unsere unglaublich arbeitswütige ChefLayoterin das HUI heimlich schon vorgelayoutet, so daß wir am Samstag auf einmal (dem Arbeitswahn verfallen) richtig dick vorwärtskamen.

Was sagt der Inhalt? Aktuell ist mit Sicherheit der wenige Tage alte Atomunfall in Japan, wir haben versucht für Euch einiges an Hintergrundinfos aus dem Netz zu ziehen (auch japanische Seiten mit entsprechend schwer lesbarer Schrift scheuten wir nicht). Überhaupt kamen bei uns viele Meldungen aus dem Anti-Atom Bereich an, man sieht, daß der Widerstand noch nicht eingeschlafen ist. Natürlich gib's auch was zu Köln, Expo, ... naja, Ihr seht ja selbst.

Der Schwerpunkt Ökologischer Landbau wurde in der Außenstelle Witzenhausen in einem sagenhaften one-woman-Marathon (mit Kind) erstellt.

Euch viel Spaß beim Lesen, wir sehen uns ja ALLE BEIM BÖT mit MV vom 24.-28.11. in BIELEFELD.

So long,

PS: Öko-Dank an Christian und Bill vom Publikationsreferat/ HUCH! und Tom von der Food-Coop "Futterkollektiv" für die tatkräftige Unterstützung.

Impressum

Herausgeberin: BSÖ e.V., c/o AStA Uni Münster, Schloßplatz 1, 48149 Münster, Tel.: 0251/83 222 87
Redaktion: Nina, S. Reiß, U. Lützen, I. Harry, O. Stoll, M. Klimczak, H. Schneider, C. Weiermann, P. Wildhofer
Verantwortlich: allgemein u. für alle nicht gekennzeichneten Artikel: Nina Grönhagen, Dahlweg 92, 48153 MS
Auflage: 550 Exemplare
Druck: AStA-Druck, AStA U-GH Essen, Universitätsstraße 2, 45117 Essen
e-mail: bsoe@studis.de internet: http://www.studis.de/bsoe

BSÖ-Mailingliste: bsoe-l@faveve.uni-stuttgart.de (Abonnieren mit „subscribe“ im Subject)

Wer per e-mail alle BSÖ-Aktiven oder BSÖ-FreundInnen erreichen will wende sich bitte mit seinem Anliegen an :
Alex Jillich unter 089/31198254 oder 28922990 oder jillich@fs.tum.de



Das Hochschul-Umwelt-Info ist der Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V. Die Mitglieder der BSÖ beziehen es kostenlos, alle anderen können es für 25 DM pro Jahr abonnieren. Einzel Exemplare des Hochschul-Umwelt-Infos können gegen 5 DM in Briefmarken in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Coupon

- Ich/Wir möchte/n der BSÖ beitreten.
Schickt mir/uns eine Beitrittserklärung.
- Ich/Wir möchte/n das HUI beziehen:
- ein Abo für 25 DM/Jahr.
- ___ weitere Abos für je 15 DM/Jahr.

Name: _____
Straße: _____
Plz, Ort: _____

Bitte einschicken an:

BSÖ e.V., c/o AStA der Uni Münster,
Schloßplatz 1, 48149 Münster

Ort, Datum, Unterschrift

Bankverbindung:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V., Sparkasse Münster, Kto-Nr.: 4011235, BLZ: 400 501 50
Bundesweiter Rechtshilfefonds der BSÖ: Ökobank e. G., Niederlassung Berlin, BLZ 500 901 00, Kto-Nr.: 1011499

Euer Fahrplan

Liebe Leute,	2	Ökologisch Bauen	34
		StABiL ist ein Jahr alt !!!	34
Impressum	2	Ökobau III - 18. bis 21. November 1999.	34
		Highlight: SYMPOSIUM	35
Euer Fahrplan	3		
Terminkalender	4	Anti-Atom	36
		Atomunfall in Tokaimura	36
		Ganz ohne Treibhausgase geht es nicht	37
		Die Märchenstunde der Atomkraft-Lobby	38
Seminare und Veranstaltungen	5	Kanzler, wir kommen	39
BSÖ-News	6	Gentechnik	40
Seminare veranstalten	6	GentechnikgegnerInnen ernteten manipulierte Pflanzen	40
BSÖ-Bekanntmachung	7		
Protokoll des Aktiventreffen in Oldenburg vom 9. bis 11. Juli	9	Intelligente Kartoffeln leuchten	40
Einladung zur BSÖ-Mitgliederversammlung am 29.11.1998	10	Anti-Expo	41
		Bericht vom 3. bundesweiten Anti-EXPO-Treffen	41
27. Bundesökologietreffen in Bielefeld	11	Köln `99	42
Was läuft Wo?	13	Auswertung der Alternativaktivitäten und des Alternativkongresses	42
Münster	13	Vom Gipfel kann es nur aufwärts gehen...	44
Gießen	13		
Zittau/ Görlitz	13	Internationales	46
Frankfurt	14	Zweite Konferenz von Peoples' Global Action	46
Schwerpunkt: Ökologischer Landbau	15	Repression gegen Umweltaktivisten in Moskau	46
		TransFair goes Agenda und alle gehen mit?	47
Verkehr	29	Literatur	49
Neue Vorschläge für Mobil ohne Auto (MoA) 2000 und den Autofreien Hochschultag (AfH) im Sommer	29	Adressen der BSÖ auf einen Blick :	50
Willy Brand: "Mehr Demokratie wagen." – Schröder: "Mehr Volkswagen."	30	Grünes Brett	51
Wenn aus BesetzerInnen Besitzer werden	31		
Kurzmeldungen	32		

Redaktionsschluß

für das nächste HUI ist der 28.11.1999. Schickt bitte bis dahin Eure Beiträge – möglichst auf Diskette (+Ausdruck und ohne Formatierung) – an die Geschäftsstelle.

Terminkalender

Oktober 99

Oktober: Seminar zur Öffentlichkeitsarbeit der Studentenwerke in Wuppertal

Infos von Christiane Stiller, Hünefeldstr. 86,
42285 Wuppertal, Tel.:0202/84168,
e-mail: cstiller@wmpi06.math.uni-wuppertal.de

20.-25.10. „Towards Car-Free Cities“-Konferenz in Kracow, Polen

In den Konferenzsprachen English und Polnisch sollen folgende Themen behandelt werden: Medien- und Rhetoriktraining, Informationsrecherche, Lobbyarbeit, Organisation von Kampagnen, Strategie und Praxis direkter Aktion.

Infos und Anmeldung bei:

Car Buster, Lyon,
curbusters@wannadoo.fr, www.antenna.nl/eyfa/cb
Tel: +33 (0)4 72 00 23 57, Fax: +33 (0)4 78285778

22. – 24.10.: BSÖ-Aktiventreffen in Münster

26. bis 30.10. Ausstellung „Neue Wege zu nachhaltigem Konsumverhalten“ im Deutschen Hygiene Museum Dresden

29.-30.10.: TABD-Treffen in Berlin

siehe Seite 5

30.10.: Anti-Atom-Aktionstag in England, Frankreich und Deutschland.

siehe Seite 5

30.10.-1.11.: Trend 99, Messe für Umwelt, Gesundheit und Zukunft

Großes Ökokaufhaus und Erlebnisausstellung in Heidelberg vom Täglich 10-18 Uhr in der Stadthalle Heidelberg

30.10.04.11.: JugendAktionsKongress in Ulm

Infos: JAK 99 im Umweltzentrum
Pfauengasse 28, 89073 Ulm
0731/66695, fax: 0731/66696
jak@bund.net, www.bundjugend.de/bw/jak99

November 99

12. – 14.11.: 4. bundesweites Anti-EXPO-Treffen im AJZ Bielefeld

Infos:

Anti-EXPO AG, c/o AStA Uni Bielefeld
PF 100 131, 33501 Bielefeld
0521/1063423, asta@uni-bielefeld.de (Betreff: „Anti-EXPO“ angeben, sonst könnte es untergehen!!!)

12. - 14.11.: Mitmachen und Verändern

Themen: Abfall, Beteiligungsrechte, Jugendgruppenleiterschein, Spiele

Ökoführerschein – Seminare siehe Seite 5

18.-21.11.: ÖKOBAU III in Hamburg

Infos von langham@public.uni-hamburg.de
siehe Seite 34

20.11.: Symposium. EinBlicke ins nächste Jahrtausend – kommt die Architektur der Nachhaltigkeit?, Hamburg

siehe Seite 35

24. – 28.11.: 27. Bundes-Ökologietreffen in Bielefeld

siehe Seite 11

28.11.: Redaktionsschluss HUI 6/99

28.11.: Mitgliederversammlung der BSÖ in Bielefeld

siehe Seite 10

30.11. weltweit „Global Action Day“

(parallel zur WTO-Konferenz in Seattle), Infos und Aktionszeitungen: 06401/90328-3 FAX –5
siehe Seite 46

Dezember 99

03.12. – 05.12.: HUI-Schreiben in Oldenburg

03.12.- 05.12.: Vernetzung schaffen, Probleme lösen

Themen: Wald, Tropewald, Luft, Zusammenarbeit von Umweltgruppen

Ökoführerschein – Seminare siehe Seite 5

Seminare und Veranstaltungen

Ökoführerschein

Echte Umweltprofis können sich ausweisen – mit dem Ökoführerschein, den die BUNDjugend vergibt. Wer ihn noch nicht hat, kann in den letzten Wochen des Jahres noch an zwei Veranstaltungen der fünfteiligen Seminarreihe teilnehmen.

Beim Ökoführerschein geht es nicht nur um Umweltthemen: Wichtige Werkzeuge für die Arbeit in der Öffentlichkeit, etwa das Verfassen einer Pressemitteilung, werden ebenfalls vermittelt, verschiedene Formen umweltpolitischer Arbeit diskutiert. Jedes Seminar enthält außerdem Themen zur Arbeit in Jugendgruppen. Wer an allen fünf Seminaren teilgenommen hat, bekommt den Ökoführerschein, wer zusätzlich an einem Ergänzungswochenende teilgenommen hat, auch die Jugendgruppenleiter-Card des Berliner Senats.

Dabei kommt keine Langeweile durch stundenlange Vorträge auf – der Ökoführerschein besteht aus einer bunten Mischung mit Versuchen, Exkursionen und Referaten, die den Spaß-Effekt nicht zu kurz kommen läßt.

Energie, Verkehr, Luft, Wald und Tropenwald sind die Themen der anderen Seminare, die dieses Jahr noch folgen. Wer alle fünf besucht hat, hat ein Grundwissen über die wichtigsten Umweltthemen und mit dem Ökoführerschein eine gute Grundlage für Bewerbungen auf Ausbildungs- und Zivi-Plätze im Umweltbereich oder für das Freiwillige Ökologische Jahr.

Die Seminare finden fortlaufend statt und können in beliebiger Reihenfolge besucht werden. Die Termine bis Anfang 2001 stehen bereits fest.

Die Teilnahme kostet incl. Übernachtung und Verpflegung nur 30,- DM für ein Wochenend- und 60,- DM für ein Fünftagesseminar, wobei bei finanziellen Problemen auch noch weitere Ermäßigungen möglich sind. Weitere Informationen und Anmeldeformulare gibt es bei der BUNDjugend Berlin,

Jagowstr. 12, 10555 Berlin, Telefon: 030/39 28 28 0, oder bei der BUNDjugend Brandenburg, Zepelinstr. 44, 14471 Potsdam, Telefon 0331/95 11 97 1, und im Internet unter

<http://www.oekofuehrerschein.de>.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Sie können von uns auch Fotos von früheren Ökoführerschein-Seminaren erhalten (teilweise auch zum Download unter <http://www.jugendumwelt.de/buju-be/pm-oef.htm>) oder uns auf einem der Seminare besuchen. Bitte rufen Sie uns an.

Termine bis Anfang 2001 bitte erfragen oder unter <http://www.oekofuehrerschein.de>

zukunftsfähige Energieversorgung" (30.10.-31.10.). Herr Trittin (am 30.10.) und Herr Müller (am 31.10.) werden an der Konferenz in Berlin teilnehmen.

Kontakt:

Bürgerinitiative Kernenergie e.V.
zur Förderung alternativer
Energiekonzepte

PF 32 38

17489 Greifswald

z.H. Pe. Tel. 03834 - 892643

email: bigreifswald@topmail.de

Aktionsaufruf zum TABD-Treffen am 29/30.10. in Berlin

Am 29./30. Oktober trifft sich in Berlin der TRANS ATLANTIC BUSINESS DIALOGUE, der wohl einflussreichste Lobbyverband europäischer und US amerikanischer Konzerne. Etwa 120 Unternehmen werden dort vertreten sein, groesstenteils durch ihre Vorstandsvorsitzenden. Unter anderen werden die Themen WTO-Erweiterung und Einführung einer Freihandelszone zwischen der USA und der EU (Trans Atlantic Marketplace) diskutiert. Der TABD hat einen exklusiven Zugang zur Politik, sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung werden an dem Treffen teilnehmen (nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums wahrscheinlich auf Minister-Ebene).

Ausführliche Infos finden sich unter www.tabd.com

Mit den Gruppen Friends of the earth und Corporate Europe Observatory möchten wir diesem Treffen etwas entgegensetzen. Angedacht sind eine Abendveranstaltung, eine Demo vor dem Inter-Conti Hotel sowie eine Pressekonferenz. Hierfür sind wir aber dringend auf die Beteiligung Berliner Gruppen angewiesen!

Rückmeldungen bitte an

Philipp Mimkes, Coordination
gegen BAYER-Gefahren

EMAIL: CBGnetwork@aol.com

Tel: 0211-333 911 Fax: 0211-333 940

Anti-Atom-Aktionstag am 30.10.99 in England, Frankreich und Deutschland

Britische Atomkraftgegner haben am Samstag, 30.10. einen Anti-Atom-Aktionstag in England geplant, und hoffen auch in Frankreich und Deutschland auf Aktionen (www.michael-hustedt.de/energie-konferenz.htm). Geplant ist bisher ein gemeinsames Flug in den drei Sprachen, Demos und Aktionen an verschiedenen Standorten in England, vor allem Proteste gegen die WAA in Sellafield und die deutschen Transporte dorthin, Aktionen in Deutschland am AKW Nekarwestheim, Aktionen in Berlin anlässlich der Bündnisgrünen-Konferenz mit dem Titel: "Energiewende Jetzt. Konferenz über

BSÖ-News

Seminare veranstalten

Liebe (Ökologie-)referentInnen und andere Interessierten,

die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit sieht es als ihre Aufgabe, die ökologisch interessierten StudentInnen an Hochschulen zu vernetzen und Euch die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen und Informationen auszutauschen.

Ein wichtiger Aspekt dieser Arbeit sind unsere SEMINARE, und zwar in diesem Fall DEINE/EURE SEMINARE !

Denn Vernetzungsarbeit lebt davon, daß möglichst viele Leute ihr Wissen an möglichst viele andere Leute weitergeben. Deshalb bieten wir euch die Möglichkeit, Seminare im Themenbereich Ökologie und Hochschule mit Hilfe der BSÖ zu organisieren.

Wir unterstützen Euch finanziell und organisatorisch bei der Durchführung des Seminars: ihr könnt die Kosten, die nicht von Teilnahmebeiträgen und anderen Zuschüssen gedeckt werden, über uns abrechnen. Außerdem erstatten wir den TeilnehmerInnen einen Teil der Fahrtkosten, soweit diese nicht von ihrem AStA, UStA, StuRa usw. getragen werden.

Wir kümmern uns um die Werbung für das Seminar: es wird im Hochschul-Umwelt-Info veröffentlicht, die Einladung wird einer unserer Verschickungen an alle BSÖ-Mitglieder und HUI-AbonentInnen beigelegt und sie erscheint auf unserer Internet-Seite.

Also: wenn es ein Thema gibt, in dem Du Dich auskennst, für das Du ReferentInnen hast oder zu dem Du dich einfach gerne mit anderen Interessierten austauschen möchtest:

mach doch sofort ein BSÖ-Seminar draus! Wir helfen Dir gerne!

Wenn Du Dich meldest, bekommst Du den BSÖ-Seminarleitfaden mit allen wichtigen Hilfen wie Plakat und Flyer-Vorlagen zugeschickt oder gemailt.

✂-----
Ich möchte gerne ein Seminar zum folgenden Thema durchführen:

Brauchst Du Hilfe bezüglich Finden von ReferentInnen?

Wo soll das Seminar stattfinden?

Welche Zeiträume kommen in Frage?

(Wir brauchen Deine Meldung spätestens 2 Monate vor dem Seminartermin!)

Adresse, Telefonnummer, e-mail

BSÖ-Bekanntmachung

Bundesweiter Rechtshilfefonds für allgemein und ökologisch aktive StudentInnen

Wie im HUI 3/99 bereits berichtet, hat die Mitgliederversammlung der BSÖ e.V. am 29.11.98 einen Rechtshilfefonds per Satzungsänderung beschlossen.

Dieser Rechtshilfefonds, der in Koordination mit anderen Rechtshilfefonds wie z. B. der Roten Hilfe e. V. organisiert wird, soll StudentInnen zu Gute kommen, die rechtliche Probleme im Zuge ihres Engagements im „politischen Bereich“ bekommen.

Unter Beachtung der folgenden Bewerbungsrichtlinien (siehe nächste Seite) bitten wir Anträge an folgende Rechtshilfefondbeauftragte der BSÖ zu richten.

Oliver Stoll
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030/427 2815
Fax: 030/2093 2396
mail: oli.stoll@gmx.de

Claudia Weiermann
c/o AStA TU München
Arcisstraße 21
80333 München
Tel: 089/17094533
mail: cweierm@fs.tum.de

SPENDENAUFTRUF

Alle Studierenden, (Verfaßten) StudentInnenschaften, studentische Gruppen, FreundInnen und GönnerInnen der BSÖ e.V. werden gebeten:

- den Start des Rechtshilfefonds zu unterstützen.
- den Rechtshilfefond und das Rechtshilfekonto bekannt zu machen, z. B. diesen Aufruf an der Hochschule und darüber hinaus zu verbreiten und
- selber zu spenden bzw. zweckgebundene Spenden einzuwerben. Spenden sind steuerlich absetzbar und bei über 100 DM wird eine Spendenquittungen ausgestellt.

SPENDEN-KONTO:	Kto: 1011499 BLZ: 500 501 00 Ökobank e.G.
-----------------------	---

BSÖ Materialien

Hochschulmweltinfo

Seit 1990 geben wir das HUI heraus. Viele der alten Exemplare sind noch für 5DM zu kaufen, einige bereits vergriffen (fragen lohnt sich). Schwerpunkte der letzten Hefte waren:

Ökologisierung der Mensen	(6/98)
Autofrei leben	(1/99)
Ökologisch Bauen - Projekte	(2/99)
	<i>vergriffen</i>
Politisches Mandat	(3/99)
Gentechnik	(4/99)

Sonder HUIs

Die SonderHUIs widmen sich ausführlich einem Thema und vermitteln Hintergrundwissen und Erfahrungen in der Arbeit auf entsprechenden Gebieten.

BÖT-Reader

Im BÖT-Reader sind die wesentlichen Inhalte der Bundesökotreffen zusammengefaßt. Berichte und Ergebnisse einzelner Arbeitsgruppen, Exkursionen, Stand der Dinge in der Ökologisierung der Hochschulen und anderes wird hier aufgeführt. Die BÖT-Reader sind kostenlos.

20. BÖT in Hamburg
21. BÖT in Köln
23. BÖT in Münster
24. BÖT in Rostock
25. BÖT in Witzzenhausen
26. BÖT in Erlangen

Faltblätter

Sie dienen als Kurzinformation, die eine Einführung in das Thema, Inhalte, Vorgehensweise, wichtige Kontaktadressen, ReferentInnen und Literaturhinweise geben. Natürlich sind die Faltblätter kostenlos.

Selbstdarstellung BSÖ

Einführung von Produkten aus ökologischem Landbau in den Mensen
Gentechnologie in den Mensen
Papier
Energie sparen an Hochschulen
Kaffee
ökologischer Landbau
Verkehrskonzepte an Hochschulen
Umweltkommission / Umweltbeauftragte

Fordert auch unsere Veröffentlichungsliste an.

Öffentliche Bekanntgabe der Rechtshilfefondsrichtlinien

- 1) Der Rechtshilfefonds wird zur Unterstützung von Studierenden verwaltet, die aufgrund von Aktivitäten im ökologischen und allgemeinpolitischen Bereich Rechtshilfe benötigen.
- 2) Anträge zur Unterstützung werden grundsätzlich zuerst einmal nur für eine Instanz angenommen.
- 3) Die Bewerbungen sind ausschliesslich an eine/n der beiden Rechtshilfefondsbeauftragten zu richten, die der Vorstand oder die Mitgliederversammlung der BSÖ benennt und die öffentlich bekannt gemacht werden.
- 4) Finanzielle Unterstützung wird auf (schriftlichen) Antrag allerdings nur gewährt, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:
 - die Studierendenschaft der jeweiligen Hochschule tritt nicht finanziell ein
 - es keine greift eigene Rechtsschutzversicherung
 - andere Rechtshilfefonds nicht finanziell unterstützten
 - keine staatliche Prozeßkosten(beihilfe) gewährt wird
- 5) Vorrangig werden Fälle gefördert, die Studierende durch juristische Verteidigung vor staatlicher und (privat)wirtschaftlicher politischer Verfolgung schützen.
Erst in zweiter Linie ist der Rechtshilfefond für eigene initiatorische Anzeigen, Strafanträge, Klagen, Einsprüche, etc. gedacht.
Straf- und Bußgelder werden grundsätzlich nicht übernommen!
- 6) Die Anträge werden zur Entscheidung über eine Förderung anonymisiert und vertraulich behandelt.
Grundsätzlich gilt Diskretion.
Gegenüber der/m Rechtshilfefondsbeauftragten muß die RechtsanwältIn von Ihrer Schweigepflicht allerdings entbunden werden.
- 7) Letztendlich entscheidet der Vorstand (Aktivenkreis) der BSÖ e. V. nach Vorstellung des jeweils anonymisierten Falles über die Förderung.
- 8) Es besteht ein eigenständiges Rechtshilfefondkonto, das von den Rechtshilfefondbeauftragten geführt wird.
Finanzielle Unterstützung wird ausschließlich von diesem Konto gewährt.
- 9) Auf der Mitgliederversammlung der BSÖ e.V.werden jährlich zwei KassenprüferIn gewählt, die das Konto des Rechtshilfefonds prüfen und der Mitgliederversammlung einen jährlichen Kassenbericht vorlegen.
- 10) Aus Gründen der Transparenz wird auf der Mitgliederversammlung über die Aktivitäten des Rechtshilfefonds einmal jährlich berichtet.

Protokoll des Aktiventreffen in Oldenburg vom 9. bis 11. Juli

1) Alter Tatenspeicher

2) Bundes-Ökotreffen (BÖT) Erlangen

3) BÖT Bielefeld

4) Termine

5) Rechthilfefond

6) Finanzen

7) Seminare

8) Netzwerk

9) Geschäftsstelle (GeSte)

10) HUI

11) Pressearbeit

12) Homepage

13) Mailingliste

14) Mobil ohne Auto (MOA)

15) Autofreier Hochschultag (AFH)

16) Mitgliederversammlung (MV)

1) Alter Tatenspeicher

Mark hat die LandessprecherInnen wg. HUI-Artikelen angerufen: Einige waren nicht zu erreichen, andere, z.B. Hessen wollen ihr Amt niederlegen. -Umweltkommissionen???

Umweltbildung in der Lehre: Mark schreibt ein Faltblatt??

2) Bundes-Ökotreffen (BÖT) Erlangen

Die Räume in Erlangen waren schön. Es waren mit max 40 viel zu wenig Leute da.

Zu wenig Werbung und Infos; falscher Termin, da bisher immer Himmelfahrt. Werbung über (AStA-)Zeitungen; Artikel in "Szene" Zeitungen veröffentlichten.

Der BÖT-Reader sollte bis zum HUI-Termin (1.-3.10) fertig sein.

Die BÖT-Termine sollen generell im Herbst über das Bus-und BÖT-Tag Wochenende und im Frühjahr über Himmelfahrt stattfinden.

3) BÖT Bielefeld

Viele Fragen an Helge:

Gibt's einen Ort für das BÖT?

Die häßliche Uni - intensiver Kontrast zu Erlangen

Gibt's Leute die Helge bei der Organisation helfen?

z.Zt.: 3-4

Gibt's einen Themen Schwerpunkt für das BÖT?

z.B. Bezüglich des Oberstufenkollegs

Gibt's schon einen festen Termin?

Unbedingt 17.-21. November

Kurzvorträge und ReferentInnen organisieren!

BÖT-Verschickung läuft über den Presseverteiler

4) Termine

HUI-Nr. 5 ist vom 1.-3. Oktober in Berlin.

Nächstes Aktiventreffen ist vom 22.-24 Oktober in Münster.

5) Rechthilfefond

Das Konto ist eingerichtet, die Kto.-Nr. gibt es demnächst im Internet

Das Konto dient nicht dazu Bußgelder aufzufangen.

Bisher ist - die Kontonummer war ja auch noch nicht bekannt - noch kein Geld auf dem Konto eingegangen.

Beklagte sollen vorrangig bedient werden.

Unterstützung von Klagen, Einsprüchen etc. erst in zweiter Linie.

Unterstützung gibt es auch nur, wenn keine andere Organisation unterstützen kann. Also für Leute die bisher durch das Netz fallen.

Anfrage aus Lüneburg, ob Klagen gegen die Studiengebühren durch den Rechthilfefond unterstützt werden könnten? - Hier müßte der AStA in der Lage sein die Klagenden zu unterstützen.

Oli schreibt hierfür eine Zusammenfassung der Richtlinien.

6) Finanzen

Bei den Anträgen an das BMBF gibt es einen geringeren Zuschuß-Anteil teilweise unter 50%.

Die Bearbeitung der Anträge macht Iris als Hauptverantwortliche noch maximal bis Juli 2000! - NachfolgerIn!!

Die Abrechnung 2000 soll bereits der/die NachfolgerIn erledigen!!

7) Seminare

Ein Aufruf zu den einzelnen Seminaren soll ins HUI aufgenommen werden sowie ins Netz gelegt werden.

Das Ökologisch Bauen Seminar gibt es noch, auch wenn wenig Kontakt zur BSÖ besteht.

Wie machen wir wieder mehr Seminare?

Die ThemensprecherInnen sollen hierfür in die Pflicht genommen werden.

Es wird ein "Polenseminar" organisiert (nicht von der BSÖ). Dazu Nachfrage nach Kontakt nach Polen: Mark kümmert sich um YEE. BSÖ übernimmt Verteilerfunktion

Naturschutz von unten (Institut für Ökologie in Saasen)

Workshops auf dem Jukß 99/00 zur Umweltsarbeit. Mark übernimmt "Einführung in die Ökoarbeit".

8) Netzwerk

Oli berichtet über das "Netzwerk für umweltgerechte Entwicklung der Hochschulen"

Alex und Oli schauen sich die Homepage an - Dort soll auch ein Link zur BSÖ und zu anderen Homepages gelegt werden.

9) Geschäftsstelle (GeSte)

Es ergeben sich Probleme in Münster, dadurch, daß teilweise (z.B. während dieses Sommers) wenig Leute in der GeSte präsent sind.

- Noch mehr Aufgaben zu verteilen scheint wenig sinnvoll, da Koordination nicht beliebig aufgeteilt werden kann. Es würden sich Delegations- und Verständigungsprobleme ergeben.

- Wir brauchen unbedingt mehr NachfolgerInnen für ThemensprecherInnen.

- Allgemeines Gejammere über die schwächer gewordene Ökobewegung, da Kampf an vielen Fronten, in dem sich das Gesamtpotential verliert, das "Scheiß-Privat-TV" und das Überangebot an Informationen.

- Kann es irgendwie möglich sein eine FÖJ-Stelle für die BSÖ zu bekommen? Eher unwahrscheinlich!

Neue Idee: Um die BSÖ bekannter zu machen, machen wir eine BSÖ-Tour während der, sich z.T. sehr stark überschneidenden Semesterferien.

Mark erstellt eine Übersicht der Semesterferientermine von SH, HH, Nds, HB, Hess, Oli übernimmt Neufünfland inkl. der Hauptstadt der BRD, Alex macht Bay. und BaWü., Nina hat NRW, SL und RhLPf.

Wo gibt es LandessprecherInnen und wer steckt dahinter?

Die Mailverarbeitung kann über "weiterleiten" an die ThemensprecherInnen vermindert werden.

Bearbeitung, die in der GeSte nicht geschafft wird, kann an Mark, Patrick oder Ehlert weitergeleitet werden.

Sachen die aufs Aktiventreffen gehören kommen in den Aktivenverteiler.

10) HUI

Redaktionsschlüsse fürs ganze Jahr festlegen.

Das HUI soll ab 00 nur noch 5 mal rauskommen, davon aber im Oktober ein Doppel_HUI Nr. 4/5

Überlegung: Sollte das Layout mit Pagemaker erstellt werden?

Auf dem BÖT in Bielefeld soll es einen Layout - AK geben

Alex kümmert sich um die Frage des Computerprogramms fürs HUI-Layout

11) Pressearbeit

Iris schreibt einen Artikel für die Erstinfos der ASten, USten, StuRa's, etc. um die LeserInnen

auf die Arbeit der BSÖ aufmerksam zu machen. Zum erweiterten Kreis der zu Kontaktierenden gehören besonders SchülerInnen, die über Schülerzeitungen, sowie über die Veröffentlichungen der großen Umweltverbände erreicht werden sollen.

Presseverteiler

Die bestehenden Verteiler des RefRat der HU Berlin sollen genutzt werden. Oliver versucht aus dem Verteiler und dem studentischen Adressreader einen, auf unsere Arbeit zugeschnittenen Verteiler zu konstruieren. Die Bundesfachschaftentagungen sollen ebenfalls angesprochen werden.

Presse-Highlights

AfH (Autofreier Hochschultag), BÖTs, diverse andere.

Gesucht werden:

PressebeauftragteR / ThemensprecherIn-Presse
KoordinatorInnen unter den Aktiven
WebmasterIn / Internetseitenbetreuung
PressereferentIn
Adress-Seite-LayouterIn (=> Oliver)
Internationale Kontakte

12) Homepage

Mailingliste => Alex und Oli
Homepage: Alex schimpft, weil die Termine auf der Homepage nicht von der Geschäftsstelle aus eingetragen werden. Die Aktualisierung von Aktiventreffen zu Aktiventreffen reicht nicht aus um immer auf dem aktuellen

Stand zu bleiben. Die eMails sollen während der Semesterferien nach dem Abrufen in der GeSte an arbeitswütige Aktive weitergeleitet werden. Wer ruft die eMails von außen ab, wenn in der GeSte gerade niemand verfügbar ist?

Infoblätter / HUI

Dokumente, die an Alex in München geschickt werden, um in die Homepage eingebunden zu werden sollen im Office97-Format abgespeichert werden. Wenn dies nicht möglich sein sollte, schwenkt bitte auf PDF-Files um.

Die Datei des fertigen HUI bitte immer auch an Alex (M) schicken, damit es die Datei zum Download ins Internet stellen kann. Die, durch Alex erstellte Postkarte und das Seminaranmeldeblatt werden ebenfalls von ihm ins Netz gestellt.

13) Mailingliste

Es werden zwei Listen erstellt, eine für die Aktiven, die andere für Freunde der BSÖ und Interessierte, bzw. potentielle Neulinge.

14) MoA

Die Bundeskoordination Mobil ohne Auto hat dieses Jahr fast ohne Unterstützung von außen die MoA-Aktion durchgeführt. Das "Klimabündnis" war personell beteiligt. Es gab 230 verschiedene Aktionen, an denen insgesamt ca. 500.000 Menschen beteiligt waren.

Für die Zukunft ist die Verlegung des MoA von einem Sonntag im Juni auf den 22. September geplant. Die Durchführung des MoA ändert sich mit der Übernahme der Koordination für D, NL und DK durch das Klimabündnis. Es müssen sich in Zukunft Kommunen für die Durchführung des MoA als Mitveranstalter finden. Dafür gibt es dann 80% Zuschuss von der EU. Die BSÖ wird am AfH(Autofreier Hochschultag)-Termin im Juni festhalten.

15) AfH

Für die Durchführung des AfH werden Partner gesucht. Greenpeace unterstützt keinerlei derartige Veranstaltungen. ADFC, Robin Wood, Umkehr e.V., und die Grüne Liga haben ein Interesse am Engagement. Die BSÖ könnte den Ortsgruppen, die bisher den MoA organisiert haben, eine alternative zum September anbieten. MoA von unten (also von der Basis organisiert) soll auf dem BÖT diskutiert werden.

16) Mitgliederversammlung der BSÖ (MV)

Tagesordnungsvorschlag:

- 1) AfH - Bundesweite Neustrukturierung der Juni-Termine
 - 2) Besprechung und evtl. Änderung der Satzung
- Rest: siehe Einladung zur Mitgliederversammlung

Einladung zur BSÖ-Mitgliederversammlung am 29.11.1998

Hiermit lädt der Vorstand alle Mitglieder der BSÖ e.V. zur BSÖ-Mitgliederversammlung im Anschluß an das 27.BÖT in Bielefeld am Sonntag, den 28.11.99 um 10 Uhr ein.

Den genauen Ort erfahrt ihr aus der BÖT- Einladung, auch hier im HUI. Bitte meldet Euch an.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- Top 1: Begrüßung, Bestimmung einer/s ProtokollantIn, Formalia
- Top 2: Feststellung der Tagesordnung
- Top 3: Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern
- Top 4: Bericht des alten Vorstandes
- Top 5: Entlastung des alten Vorstandes
- Top 6: Wahl des neuen Vorstandes
- Top 7: Wahl neuer KassenprüferInnen
- Top 8: Wahl der ThemensprecherInnen
- Top 9: Wahl der LandessprecherInnen
- Top 10: Neues MoA-Konzept und AfH (bundesweite Neustrukturierung der Juni/Sommertermine)
- Top 11: Besprechung und evtl. Änderung der Satzung

Viele Grüße aus Münster, wenn ihr Fragen zur MV habt, ruft in der Geschäftsstelle an.

AUFRUF: Die BSÖ sucht dringend Landes- und ThemensprecherInnen!!!!
Bisherige bitte ihren „Amts“-Willen spätestens zum BÖT in der Geste bekanntgeben!

27. Bundesökologietreffen in Bielefeld

24.-28. Nov. '99

Schwerpunkt:

bisheriges Programm:

Arbeitskreise:

- ★ Anti-EXPO Bewegung
- ★ Umweltschutz von unten
- ★ Antistraßenkampf
- ★ Layout von Umweltzeitungen

Exkursionen:

- ★ Anti-A 33 Hüttendorf
- ★ Kiebitzhof (ökologischer Landbau)
- ★ MVA Bielefeld
- ★ Oberstufenkolleg/Laborschule (Unesco Projektschule)

Vorträge:

- ★ Hauptvortrag: Jutta Dittfurth, Ökofaschismus
- ★ Car Sharing
- ★ Gentech(?)

ÖWA

in Zusammenhang mit dem Anti-A 33 Hüttendorf in Planung

special guest:
Jutta Dittfurth

BÖT ? Was ist das überhaupt ?

Das BÖT ist ein studentischer Umweltkongreß, der einmal pro Semester irgendwo in Deutschland stattfindet. Es treffen sich ca.100 Studis, um sich zu informieren, auszutauschen, zu diskutieren, sich zu vernetzen oder einfach zu plaudern und Motivation für die politische Arbeit zu gewinnen.

Einige Arbeitskreise, Exkursionen und Vorträge sind bereits geplant, aber ihr könnt euch natürlich selber einbringen und auch Aks oder sonstiges anbieten. Wenn ihr was vorhabt, laßt es uns bitte wissen, damit wir es einplanen können.

Vorläufiger Zeitplan

Mi	Do	Fr	Sa	So
	Frühstück ab 8 h			
	Arbeitskreise	Arbeitskreise	Arbeitskreise	BSÖ-MV
	Mittagsschmaus 12 h			
	LÖTs	Arbeitskreise	ÖWA ?	Aufräumen
Anreise 16 h	Exkursionen	Hauptvortrag J. Dittfurth 17h	AK-Präsentation	Abfahrt
Kennenlernen			Abschluß-Plenum	
Abendessen 18 h		Essen 19 h	Buffet	
Plenum			Fete	
AK-Vorstellung	Vorträge			

BÖT Bielefeld

Für die Rundumverpflegung sorgt, wie auch die letzten male wieder „**Raps und Rübe**“ mit leckerem vegetarischem (und auf Wunsch auch veganen) Essen.

Mitzubringen sind nur Schlafsack und Isomatte.

Ansonsten gibt's viele nette Leute und sicherlich eine Menge Spaß

Wegbeschreibung:

Mit dem Zug nach Bielefeld Hbf, hat nur einen Ausgang. Von dort über die Straße zur U-Bahn. Mit Linie 1, 2 od. 3 eine Station zum Jahnplatz. Von dort mit dem Bus Linie 20 - 23 (abends ab 20.00 Uhr Linie 221 od. 222) zur Haltestelle Uni Zentrum. Ab dort ausgeschildert.

Momentan im Bau befindlich ist eine neue U-Bahn zur Uni. Eventuell ist diese im November schon eröffnet. Dann einfach direkt ab Bahnhof mit der U-Bahnlinie 4 zur Universität.

Kontakt und Anmeldung:

Meldet Euch bitte möglichst bald (mindestens 1 Woche vorher) am besten aber sofort an. Damit wir alles optimal planen können.

Füllt einfach den Anmeldeschnipsel aus und schickt ihr per Post oder mailt an:

AStA Uni Bielefeld
BÖT-Vorbereitung
Postfach 100131
33501 Bielefeld

Tel.: 0521/1063423

e-mail:helge.schneider@uni-bielefeld.de

Anmeldung zum 27. BÖT in Bielefeld

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Email _____

Hochschule _____

Ich melde insgesamt ____ Personen an

Ich/Wir plane/n einen AK/Kurzvortrag zum

Thema: _____

Ich bin VeganerIn Ja Nein

Was läuft Wo?

Münster

Energiesparprojekt

Seit diesem Sommer gibt es am Wohnheim Rudolf-Harbig-Weg Münster ein 50/50-Projekt. Die Idee ist, die BewohnerInnen für Energiesparmaßnahmen und Senkung des Wasserverbrauchs zu entlohnen, indem man ihnen die Hälfte des so gesparten Geldes zur Verfügung stellt. Das Studentenwerk war von der vom AStA initiierten Idee begeistert, so daß

nach langen Vorbereitungsmaßnahmen am 1. Juli das Projekt offiziell gestartet wurde. Der Beginn des "Sparzeitraumes" war der 1. August. In einem Jahr wird man dann sehen, wie gut die Studis mitgemacht haben...

Nähere Informationen gibt es bei Till vom Ökoreferat des AStA Uni Münster, Schloßplatz 1, 48149 Münster, Tel. 0251/8322287 (nach Till oder Ingmar fragen)

Gießen

Semesterticket in soll um 32% teurer werden

Nicht schlecht staunten die Studis in Gießen über die neuen Vorstellungen des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Nachdem die Laufzeit des aktuellen Vertrages nach diesem Wintersemester zu Ende geht wurde ihnen das neue "Angebot" unterbreitet. Hierbei scheint die Verhandlungsbereitschaft des RMV nicht allzu groß, wurde ein Ange-

bot des AStA, ein Gegenangebot von über 5% zu machen, schlichtweg ignoriert. Auch kann der RMV nicht garantieren, daß bei einer Ablehnung des Vertrags durch eine Universität oder Fachhochschule der Preis für andere Unis konstant bleibt. Obwohl der AStA und die Mehrzahl der Studis ein Interesse an der Weiterführung des Seti haben, dürfte eine Zustimmung bei der geplanten Urabstimmung fraglich sein. Kein

Wunder, bei einer Erhöhung von 92,50 auf 121,20 Mark.

Beim RMV in Hofheim kann man die studentische Aufregung nicht ganz nachvollziehen, sei das Ticket doch in der Region „konkurrenzlos billig“ (was regional zutreffen mag, mit Sicherheit nicht bundesweit). Außerdem seien es doch nur 4,80 Mark im Monat mehr, kein Grund, einen Vertrag platzen zu lassen. Aber wenn's Benzin um fünf Pfennig teurer wird kreischt die Nation...

Zittau/ Görlitz

Erstes Öko-Audit an der FH Zittau/ Görlitz

Frankfurter Allgemeine (leicht gekürzt)

Die östlichste Hochschule Deutschlands hat in Sachen Umweltmanagement bundesweit die Nase vorn: Die Hochschule Zittau/ Görlitz im Dreiländereck Polen, Tschechien, Deutschland darf sich seit März als erste und bislang einzige mit dem Öko-Audit-Zertifikat schmücken. In Europa war nur die schwedische Midsveden University noch schneller. „Wir haben eine andere Motivation für ein Öko-Audit als die Indu-

strie“, sagt Professor Bernd Delakowitz. Der Umweltmanagement-Bauftragte der Hochschule sagt offen, dass es ihm vor allem um die Außenwirkung geht: „Wir möchten Studenten für unsere Hochschule gewinnen, indem wir zeigen, dass hier passiert, wovon anderswo nur geredet wird.“ Je mehr Studenten eine Hochschule hat, desto mehr Mittel und Personalstellen werden ihr normalerweise zugewiesen. Mit 3500 Studenten und 420 Mitarbeitern in den beiden 30 Kilometer voneinander entfernten Städten ist die Lehranstalt Zittau/ Görlitz eher klein. „Mit unserer Orientierung bieten wir Studenten eine Motiva-

tion, hierher zu kommen, obwohl wir in vielen Bereichen nicht mit dem kulturellen Umfeld anderer Universitätsstädte mithalten können“, hofft Delakowitz. Schon

seit Anfang der 90er Jahre

versucht man sich in Zittau/ Görlitz verstärkt ökologisch zu orientieren. Egal was jemand studiert, alle Studenten müssen grundlegende Lehrveranstaltungen zu Umweltthemen absolvieren. 1994 wurde ein Studiengang „Ökologie und Umweltschutz“ eingeführt, in dem neben klassischer Ökologie, Umweltechnik und Umweltrecht

auch Methoden der Öko-Bilanzierung und Umweltmanagement unterrichtet werden.

Sei der zum Oeko-Audit gehörenden ökologischen Bestandsaufnahme wurden beträchtliche Probleme offengelegt. Wegen der teilweise schlecht isolierten Substanz vieler Gebäude lag der Heizenergieverbrauch pro Student und Quadratmeter 50 Prozent über dem Durchschnitt entsprechender Einrichtungen. Strom wird 30 Prozent mehr verbraucht als anderswo. In den vergangenen drei Jahren konnte durch Gebäudesanierungen und Verhaltensänderungen bereits deutlich Energie gespart werden. Der Wasserverbrauch konnte um ein Drittel gesenkt werden.

Viele Schadstoffe produziert der Verkehr zwischen einzelnen Veranstaltungsorten. Wenn verschiedene Seminare an einem Nachmittag in Gebäuden stattfinden, die zwei Kilometer auseinander liegen, dann nehmen die Studenten dafür oft das - bei Kurzstrecken besonders umweltschädliche - Auto. In Zittau sollen die Lehrver-

anstaltungen jetzt so gelegt werden, dass möglichst selten der Ort gewechselt werden muss. „Bei allen

Einsparungen

müssen wir aber immer wieder klarmachen, dass auch unter Umweltgesichtspunkten der wichtigste Output einer Hochschule die Studienabgänger sind“, sagt Delakowitz. Als Ingenieure, Umweltbeauftragte, Architekten oder Betriebswirte hätten diese später in der Wirtschaft Positionen, in denen sie beträchtliche ökologische Verbesserungen anstoßen können. Der ökologische Anspruch prägt auch die Art der Lehre: Bei Datenerhebung und Auswertung sowie bei der Entwicklung des Umweltprogramms wurden Studenten intensiv eingebunden. Das schaffe nicht nur Identifikation mit der Hochschule, es sei gleichzeitig praktisches „Training on the Job“. Eine zukunftsfähige Ausbildung muss nach Auffassung von Delakowitz geistige Flexibilität und

Kompetenz im selbständigen Aufgreifen gesellschaftlicher Probleme vermitteln. Das werde auch von der Wirtschaft gefordert. Vom Ansatz her gibt es nach Ansicht des Professors wichtige Parallelen zwischen dem Oeko-Audit-Prozess und dynamischem Lernverhalten.

In Zittau/ Görlitz kosteten Umweltprüfung und Zertifizierung knapp 25000 Mark. Trotzdem hat sich das Audit nach Angaben des Umweltbeauftragten auch finanziell gelohnt. Allein durch Verhaltensänderungen würden jetzt jährlich 10000 Mark Stromkosten gespart. Hinzu komme der Gewinn an Renommee. Gegen den Trend stiegen die Studienanmeldungen an der ostsächsischen Hochschule merklich an.

Weitere Informationen:

Professor Bernd Delakowitz, Postfach 261 02755 Zittau, Tel.: 03583-611751, Fax: 03583-611740, E-mail: b.delakowitz@htw-zittau.de

Frankfurt

Studierende blockieren aus Protest einen Zug

(Frankfurter Neue Presse, verändert)

Frankfurter Studis haben gestern gegen die Pläne des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) zum Semesterticket protestiert. Im Hauptbahnhof blockierten sie einen Interregio-Zug, den sie nach RMV-Absicht nicht mehr benutzen sollen.

Die Studierenden waren im Anschluß an eine Vollversammlung zum Hauptbahnhof gezogen, der von Polizei und Bundesgrenzschutz abgeriegelt worden war. Trotzdem gelang es den Studierenden sich Zugang zum Bahnhofsgebäude zu verschaffen.

Begleitet von den Rufen "Der RMV ist Scheiße - wir fordern faire Preise" und "Wir wollen Interregio fahren" versuchte die Menge, auf den Bahnsteig des nächsten abfahrenden Interregio zu gelangen. Der Bundesgrenzschutz riegelte ihn sofort ab. Einigen Studis schafften es trotzdem, dorthin zu gelangen. Sie wurden vom BGS später zurückgedrängt.

Ein AstA-Sprecher kündigte an, daß sich nach dem Fahrplanwechsel Studis in Interregios "erwischen" lassen wollen, um den Vertrag zwischen dem RMV und den Studierendenschaften gerichtlich überprüfen zu lassen. Nach Ansicht der Studierenden hat sich der RMV dort zu bestimmten

Verkehrsleistungen verpflichtet, denen er nun nicht nachkommen wolle. So sehe die Präambel des bestehenden Vertrags vor, die wirtschaftlichen Belange der Studierenden zu berücksichtigen und ihre Mobilität zu gewährleisten. RMV-Chef Volker Sparmann hatte Nachverhandlungen zum Semesterticket mit dem Ziel einer Preiserhöhung verlangt.

Mit dem 1996 eingeführten Ticket können die Studis aller Hochschulen im RMV-Gebiet fahren. Das Ticket kostet zur Zeit pro Semester in Frankfurt 174,50 Mark. Nach der angekündigten Preiserhöhung von 46,4 Prozent an allen Unis im RMV-Gebiet würde es damit etwa 255 Mark kosten.

Schwerpunkt: Ökologischer Landbau

Verkehr

Neue Vorschläge für Mobil ohne Auto (MoA) 2000 und den Autofreien Hochschultag (AfH) im Sommer

Der Vorstand und der Aktivenkreis der BSÖ hat auf seiner Sitzung am 9.-11.7.99 in Oldenburg angeregt, den MoA und AfH-Tag im Juni inhaltlich auszubauen und auch im Jahre 2000 fortzuführen.

Dies kann und soll zusätzlich zu dem vom französischen Umweltministerium und der EU angeregten kommunalen „Carfree in Europe-Day“ am 22.9. geschehen. Die BSÖ e. V. richtet den folgenden Aufruf an alle ÖPNV-

politischen NGO's, besonders an Graswurzelgruppen und MoA-Ortsaktive, die Europäische Anti-Straßen und Direct-Action-AktivistInnen, etc.:

BSÖ e.V., c/o AStA der Uni Münster, Schloßplatz 1, D-48149 Münster

An

Mobil Ohne Auto (MoA)-Bundeskoordination
c/o Klimabündnis Frankfurt/M.
z. H. v. Ulrike Janssen und Edmund Flößer
Galvanistr. 28
D-60486 FRANKFURT

im Oktober 1999

Liebe FreundInnen,

infolge einer Initiative des französischen Umweltministeriums wird es für den "Mobil ohne Auto" – Tag ab spätestens 2001 einige gravierende Veränderungen geben:

Ein EU weiter autofreier Tag „In town, without my car“ am 22. September, finanziert größtenteils durch die EU und in seinem Rahmen auch inhaltlich gestaltet von den Kommunen (soweit die Kommunen teilnehmen), soll den bisherigen MoA-Tag im Juni, der von den (dt.) Umweltverbänden, Kirchengemeinden und vorallem von den MoA-Ortsaktiven getragen wird, mehr oder weniger ersetzen.

So erfreulich die plötzliche Anerkennung und (finanzielle) Förderung "von oben", vielleicht auch bald aus dem Bundesumwelt- und verkehrsmünisterium, sein mag: Ist dies unseres Erachtens nach überhaupt kein Grund den eigentlichen und traditionsreichen MoA-Termin im Juli fallen zulassen!

Wie von der BSÖ e. V. auf dem letzten Trägerkreistreffen am 28.6.99 in Frankfurt eindringlich unterstrichen, ist es zum einen doch gerade unsere Absicht, die Zahl der autofreien Tage und Menschen wachsen zu lassen! Und zum anderen ist noch nicht klar, wieviel Spielraum diese konzertierte Aktion den ursprünglichen InitiatorInnen "von unten", also BIs, MoA-Ortsgruppen etc., bei der Gestaltung von Veranstaltungen, Aktionen und politischen Aussagen lassen wird. Darüberhinaus ist zu erwarten, daß viele Ortsgruppen aufgrund langfristiger Planungen, aus Gewohnheit oder weil die Leute während der Woche keine Zeit für einen MoA-Tag haben, an dem sonntäglichen Sommertermin (zumindest zusätzlich) mit gutem Grund festhalten. Diese würden nach dem Willen des bisherigen MoA-Trägerkreises in Zukunft weitestgehend ohne überregionale Presse- und Vernetzungsarbeit gelassen und sogar aufgefordert werden sollen, ihr Engagement im Juni an den Nagel zu hängen.

Daher (und natürlich, weil der bisher in der Woche vor dem MoA-Tag stattfindende Autofreie Hochschultag im September, also in der vorlesungsfreien Zeit, keinen Sinn machen würde), sehen wir Bedarf für ein neues Bündnis **für** einen MoA-Tag im Juni.

Wir möchten Euch auf diesem Wege fragen, ob Ihr Interesse daran habt?

Die meisten Mitgliedsverbände und -vereine des alten MoA-Trägerkreises (Klimabündnis, VCD, EKD, B.U.N.D) haben entschieden, soweit das von den Organisatoren des septemberlichen autofreien Tages gewünscht wird, sich in einem beratenden Beirat auf Vorschläge zur Gestaltung zu konzentrieren bzw. zu beschränken.

Damit verlieren die Umweltgruppen eindeutig an Einfluß auf die politischen Aussagen des Autofreien Tages im September.

Die meisten von Euch waren aus verschiedenen Gründen nicht im alten Trägerkreis vertreten. Aber in einem neuen Bündnis würden keine großen finanziellen Aufwendungen die Mitsprachemöglichkeiten beschränken (einen in der Bundeskoordination „teuren“ MoA-tag können wir uns wohl alle nicht leisten) und auch über Ausrichtung, Aussagen etc. ließe sich völlig neu diskutieren.

Daher würden wir uns freuen, wenn Ihr möglichst viele (Orts-)Gruppen ansprecht und uns bezüglich Eurer Gruppe möglichst bis spätestens zum **15.11.99** antwortet, an welchem Termin Ihr Zeit und Lust auf ein erstes (Brainstorming-) Treffen habt (...vielleicht gibt's ja sogar Vorschläge für einen Treff-Ort?)

Der BSÖ-Terminvorschlag lautet: **Anfang Dezember in Berlin (Mitte)**

Als Termine für MoA 2000 käme (z.B.) analog zu Baden-Württemberg für den Autofreien Sonntag der **18.6.2000** und für den Autofreien Hochschultag (AfH) : **Dienstag, 13.6.2000** in Frage!

Wir freuen uns auf Eure Reaktion und verbleiben

mit freundlichen Grüßen i. A. des Vorstandes, Alexander Graf + Oliver I. Stoll (Themensprecher Verkehr BSÖ e.V.)

Anlagen: Protokolle des letzten MoA-Trägerkreistreffens, in dem die Diskussionen über Sinn und Unsinn eines zusätzlichen Festhaltens am Juni-Termin und an möglichst viel politischer Einflußnahme und inhaltlicher (Selbst-) und Mitbestimmung leider kaum wiedergegeben sind.

Verteiler: Grüne Liga Bundesverband, Grüne Liga Berlin, autofrei leben e. V., Umkehr e. V., Fuss e. V., ADFC Bundesvorstand, ADFC Berlin, Robin Wood Bundesvorstand, Greenpeace e. V., Bundjugend Bundesvorstand u. Ländervorstände, BI Westtangende, Hüttendorf gegen die A 33, A17-Widerstand, Umweltprojektwerkstatt Lübeck und Freiburg, fzs, IUS, GOSEA, Carbusters, London Greenpeace, Road Alert, Alarm UK, Small world – undercurrents, GAFF Bielefeld u. a.

Willy Brand: „Mehr Demokratie wagen.“ – Schröder: „Mehr Volkswagen.“

Ein Kommentar zu einem Artikel der Bündnisgrünen über die Altautorichtlinie.

Im Infodienst der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen wird verkündet, es gebe einen finnischen Kompromißvorschlag, auf den sich Mitte Juli die EU-Mitgliedsstaaten verständigt hätten. Nunmehr sollen Neufahrzeuge vom Jahr 2001, alle anderen Autos von 2006 an von den Herstellern kostenlos zurückgenommen werden müssen.

Damit sei die für beide Koalitionspartner peinliche und für das öffentliche Ansehen höchst abträgliche Diskussion über die Altautoentsorgung vorerst beendet.

Soweit die Erfolgsbilanz des Infodienstes der Partei.

Im letzten Abschnitt des Artikels kommen dem aufmerksamen Leser doch ein paar Zweifel an der glorreichen Umweltpolitik der Regierungsparteien. „Zwar stimmte der Vertreter der Bundesregierung (Minister Trittin oder sein Staatssekretär?) auch bei der

Abstimmung über den Kompromiß gegen die finnische Vorlage, doch kann diese nach Durchlaufen des Europäischen Parlamentes gegen die Stimme Deutschlands in Kraft treten.“

Die inoffizielle Stellungnahme könnte ungefähr so lauten: Wir, die Bündnisgrünen, konnten den Kanzler und unseren Koalitionspartner nicht von der Dringlichkeit des baldigen Inkrafttretens der Altautorichtlinie überzeugen. Statt dessen mußten wir einsehen, daß aufgrund der Führungsrolle Deutschlands in der Automobilproduktion eine frühzeitige Rücknahme der PKW zu einem Gewinneinbruch in der Branche geführt hätte. Die Auswirkungen für den deutschen Arbeitsmarkt wären zwar positiv, jedoch müssen wir aus Rücksicht auf die Position unserer im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen die Altautorichtlinie in jedem Fall verhindern. Sollten wir dies nicht vermögen, freuen wir uns, unsere ökologische Grundhaltung in der

Öffentlichkeit aufrechterhalten zu können, die positiven Effekte auf die Umwelt stimmen uns ebenfalls positiv.

Der Druck der Initiativen und Verbände (und nicht der, durch die Industrielobby) muß weiter zunehmen, denn nur wenn der Umweltverbrauch zu realen Kosten (bisher waren die einzigen bewertbaren Kosten der Imageverlust, siehe Shell – Brent Spar) der Unternehmen führt, werden diese mit den Ressourcen sparsam umgehen.

Das Beispiel der „grünen“ Partei zeigt: der Weg zu einer ökologisch sinnvollen Wirtschaftspolitik ist noch weit. Solange die Wechselwirkungen zwischen Umweltschutz und Wirtschaftspolitik nicht ausreichend in der Entscheidungsfindung beachtet werden müssen wir mit weiteren „Altautorichtlinien“ rechnen.

Patrick Wildhofer

Wenn aus BesetzerInnen Besitzer werden

Anti-A 33 Hüttendorf in Borgholzhausen

Mensch stelle sich vor, Hüttis campieren mit einem Bauwagen neben einem A 33 Brückenbauwerk auf dem Gelände des alten Hüttendorfes, das im Herbst letzten Jahres geräumt wurde und die Cops schauen zu. Unmöglich! Nein, Ende Juli tatsächlich passiert, der Grund: § 861 BGB.

Aufgrund wachsenden Drucks von außen in Form von Baurechtsverfügungen, Räumungsultimatum des Eigentümers des Hüttendorfgrundstücks und den 150.000 Mark Räumungskosten vom letzten Jahr, beschlossen die Hüttis nun selbst mit den §§ gewappnet in die Offensive zu gehen und sich das zu nehmen, was ihnen ganz im juristischen Sinne der Herrschenden gehört.

Im Juli diesen Jahres veranstalteten die Hüttis die sogenannten

Waldfestspiele.

Bestandteil dieser Aktionstage war eine Party auf dem alten, geräumten Hüttendorfgelände. Im Rahmen dieser Aktion nahm ein Hüttis eine Teilfläche des alten Geländes symbolisch und öffentlichkeitswirksam wieder in Besitz; die rechtmäßige Durchsetzung des Besitzanspruches ist nur auf dem Klageweg möglich, der noch folgen wird. Die Aktion sah so aus, daß auf der besagten Fläche (ein Weg durchs alte Hüttendorf, auf dem inzwischen eine Autobahnbrücke steht) ein Bauwagen und ein Zelt aufgestellt wurden und sich ca. 20 Leute zwei Tage dort aufhielten. Die Cops brauchten nicht lange, um dort zu erscheinen und die Leute zum gehen aufzufordern. Nachdem die Hüttis ihnen die rechtliche Grundlage der Aktion in die Hand gedrückt hatten, starrten sie total ungläubig auf die Begründung und meinten sichtlich überfordert, das sie das so schnell nicht überprüfen könnten, es sei schließlich Wochenende und murmelten zum Abschied, sie würden den Schrieb ans Straßenbauamt weitergeben. Sie tauchten

an dem Wochenende nicht wieder auf. Die Presse zeigte viel Interesse an dem Ganzen, die Artikel waren aufgrund der allgemeinen Verwirrung der SchreiberInnen ziemlich witzig.



Zum Verständnis nun der zugrundeliegende

§§-Dschungel.

Der besagte Hüttendorfbesitzer lebte über ein Jahr lang auf dem Weg, der im Grundbuch als „Eigentümer nicht ermittelbar“ eingetragen ist. Nach Ablauf eines Jahres wurde er zum rechtmäßigen Besitzer des Weges, da in dieser Zeit kein vorheriger Besitzer (den es voraussichtlich auch gar nicht gibt) seine Besitzansprüche geltend gemacht hat. Dies gilt sogar dann, wenn der Hüttis die Fläche mittels verbotener Eigenmacht erworben hat. Lediglich der Eigentümer könnte dem Hüttis nun noch die Besitzansprüche

entziehen. Da der Eigentümer aber nicht zu ermitteln ist, kann dieser Weg nicht gegangen werden.

Das Straßenbauamt kann daher den Weg nur durch ein Besitzzeiweisungsverfahren in Besitz nehmen und nicht so, wie sie es bei der Räumung am 14.10.98 getan hat - nämlich durch verbotene Eigenmacht, also rechtswidrig. Um dieses Vorgehen des Amtes nicht zu legalisieren, müssen die Hüttis nun binnen Jahresfrist Klage dagegen erheben, um ihre Besitzansprüche rechtlich geltend zu machen. Dies werden die Hüttis auch tun. Die Klage kann zu einem sofortigen Baustopp und evtl. sogar die Rückversetzung der Fläche in ihren ursprünglichen Zustand, also Brücke abreißen, bedeuten.

Dies klingt jetzt wohl so, als würde aus BesetzerInnen BesitzerInnen werden. Das ist aber nicht das primäre Ziel der Hüttis. Das juristische Vorgehen gegen das Straßenbauamt soll eine einmalige Aktion sein, mit der die Glaubwürdigkeit der Behörde in den Augen der Bevölkerung unterhöhlt und das blinde Vertrauen in die Richtigkeit der Vorgehensweise des Straßenbauamtes (und aller anderen Ämter) erschüttert werden soll.

An erster Stelle steht für die Hüttis nach wie vor die direkte Aktion.

Kurzmeldungen

Es gibt eine neue europäische viersprachige Zeitung gegen den MIV:

Gerade ist die vierte Ausgabe in spanisch/französisch/englisch und deutsch erschienen:

Carbusters

Magazin und Archivzentrum

44 rue Burdeau, Fr-69001 Lyon, France

Tel: +33 / (0)4-72-0023-57, Fax: +33 / (0)4-78-28-57-78

carbusters@wanadoo.fr

www.antenna.nl/eyfa/cb

im nächsten HUI 6/99 gibt es eine Abo-Anzeige.

EILT : LSVVA

Europäische NGOs haben eine internationale Petition für das Europa-Parlament erstellt, in der sie ein Gesetz zur Einführung einer Kilometergebühr für LKWs (leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe-LSVA) fordern.

Die Petition kann bei allen europäischen Institutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen unterschrieben werden. Bisher ist die Petition in Englisch, Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich.

Mehr Infos gibt es bei der ITE

European Transport Initiative

Postfach 29, CH-3900 BRIG, Schweiz

Tel: +41 / (0)27-924 22 26, Fax: 9244305

alpitem@rhone.ch

www.alpine-initiative.ch (section LSVVA)

www.alpeninitiative.ch

oder

VCD, Stichwort „Petition“, Postfach 170 160, 53027 Bonn

Tel: 0228-98585-0, Fax: -10

verkehrsreferat@vcd.org

www.vcd.org/petition.htm

oder Umweltbüro Heike Agthe

Rosenheimer Str. 1, 83115 Neu-
beuern

Tel/Fax: 08035-4653

Nachruf auf den großen Verkehrskongress der Bis vom 16.5.99 in Köln:

Neue ÖV-Karte für Deutschland erschienen:

Gerade ist die neue Ö(S)PNV-Deutschlandkarte für Bus und Bahn 2000 erschienen.

Zu bestellen beim:

Verkehrsclub Deutschland (VCD e.V.)

Bundesverband

Eifelstr. 2, 53119 Bonn

Tel: 0228/9 85 85-0, Fax: -10

www.vcd.org

Angebote zu "Verkehr und Umwelt"

UMKEHR e.V., das Informations- und Beratungsbüro für Verkehrsinitiativen, und der Fußgängerschutzverein FUSS e.V. haben ihr gemeinsames Service-Angebot "Verkehr und Umwelt" stark erweitert auf den Punkt gebracht: Eine Präsenz-Bibliothek (Bestand ca. 3.500 zum Teil sonst nicht erhältliche Titel), Zeitungs-Archiv (ca. 100.000 Artikel), Hinweise auf Veröffentlichungen und Aktionshilfen, regelmäßige Informationen im Internet und im Abonnement (IDV, KritLit), Veranstaltungstermine, Vermittlung von Kontakten und Adressen (ca. 15.000), Informationen über Ausstellungen, Videos, Filme und begrenzt auch zu Kulturangeboten. Das Gemeinschaftsbüro nimmt mit seiner in den letzten 25 Jahren aufgebauten umfangreichen Datenbank eine Sonderstellung in Deutschland ein. Die individuellen Recherchen und Beratungen gegen kostendeckende geringe Gebühren können von allen in Anspruch genommen werden, die sich für eine zukunftsfähige, umwelt- und sozialverträgliche Mobilität einsetzen.

Sämtliche Angebote sind unter <http://www.UMKEHR.de> oder <http://www.FUSS-eV.de> Seite "Angebote" abfragbar. Ausführliche Beschreibungen mit Einsatzmöglichkeiten und Datenbestand sind als Broschüre kostenlos erhältlich, 3 DM für Rückporto wären schön: UMKEHR e.V. / FUSS e.V., Exerzierstraße 20, 13357 Berlin, Tel.: 030 - 492 7473, Fax: - 7972, eMail: info@UMKEHR.de oder info@FUSS-eV.de

autofrei leben! e.V.

teilt nach seinem Herbsttreffen in Nürnberg mit, daß sich eine Regionalgruppe des Vereins in Stuttgart gegründet hat.

Außerdem gibt es von autofrei e.V.:

Aufruf zu Beiträgen zum Lesebuch „Über Leben ohne Auto“
Die Sammlung von Kurzportraits und Erfahrungsberichten autofreier GenossInnen kann noch weitere Texte, Karikaturen, Photos, Gedichte u. a. gebrauchen.

autofrei-leben Dokumentation zur Bonner und Weimarer Konferenz gibt es noch für 20 DM in Briefmarken, Schein oder Cheque zu bestellen.

autofrei leben! e. V., Dorfstr. 18, D-07646 Schlöben, Tel: 036428 41091, Fax: 036428 49293
www.autofrei.de
verein@autofrei.de

Spendenkonto: 87904, Sparkasse Jena, BLZ 83053 030

Ökologisch Bauen

Der Studentische Arbeitskreis nachhaltiges Bauen in die Lehre (StABiL) informiert:

StABiL ist ein Jahr alt !!!

Zum Geburtstag wird StABiL der Welt vorgestellt.

Auf der Stadtvisionskonferenz die vom 28.-31. Oktober in Freiburg stattfindet, wird am 29. Oktober der studentische Arbeitskreis nachhaltiges Bauen in die Lehre, der Presse vorgestellt.

Ziele: Das Ziel ist eine stärkere Einbindung der Nachhaltigkeit in die Lehre. StABiL ist aus der studentischen Unzufriedenheit mit der Hochschullehre heraus geboren. Vor einigen Jahren bildeten sich an den unterschiedlichsten Hochschulen Studierendengruppen, die aufgrund der mangelnden Wissensvermittlung zum nachhaltigen Bauen selbst Seminare zu dem Thema organisieren.

Ein solches Seminar war das hochschulübergreifende „Ökobau I“ in Karlsruhe. Die TeilnehmerInnen stellten fest, daß das Manko in der Lehre über Nachhaltigkeit nicht nur ein lokales, sondern ein bundesweites Phänomen ist.

Es entstand die Idee, eine bundesweit vernetzte Initiative aufzubauen, die unter anderem während des „Ökobau II“ in Kaiserslautern im Januar 1998 und auf dem Bundesökologietreffen in Rostock konkretisiert wurde. Nach der offiziellen Gründung im Mai '98 und diversen Aktionen folgt in Hamburg:

Ökobau III - 18. bis 21. November 1999.

Allgemeines

Ökobau III ist ein Veranstaltungswochenende, an dem sich Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet treffen, um sich über Themen des "umweltgerechten Bauens" auszutauschen und zu informieren. Dieses Forum fand erstmalig im Jahre 1997 in Karlsruhe statt und wird seitdem jährlich mit unterschiedlichen Themenstellungen in verschiedenen Städten Deutschlands durchgeführt.



Dieses Jahr übernimmt das IAB in Hamburg die Organisation.

Ort:

Hochschule für bildende Künste
Hamburg
Lerchenfeld 2
22081 Hamburg
U-Bahn Mundsburg, Uhlandstraße (U2) oder Wartenau (U1)
Übernachtung im Gymnasium Lerchenfeld, direkt neben der Hochschule

Finanzielles

Die Selbstbeteiligung beträgt **DM 50,-** pro TeilnehmerIn.

Dies beinhaltet: Unterbringung (Turnhalle, Schlafsack mitbringen!), Verpflegung, Stadtrundfahrt und Besichtigung, Ökobau-Party, Teilnahme am Symposium, Infomaterial.

Nicht enthalten sind der freie Abend (*Kiez und Kultur*), eine U-Bahn Fahrt sowie Eure Postkarten an Omi und Tanten.

Fahrtkosten bekommt Ihr entweder von Euer Fachschaft oder

AStA - ansonsten von der BSÖ erstattet.

Bitte kümmert Euch rechtzeitig darum !

Anmeldung

Anmeldungen zum Ökobau III-Treffen erfolgen formlos und durch Überweisung des Teilnahmebeitrages bis zum **31. Oktober 1999** an folgende Adresse:

IAB - Institut für angewandte Bauökologie
Fachschaft Architektur
Hochschule für bildende Künste
Lerchenfeld 2
22081 Hamburg

Kontonummer: 77 55 42 200

Postbank Hamburg: 200 100 20

Fax: 040 - 42832 - 2279 oder per e-mail: SWichern@public.uni-hamburg.de

Eure Anmeldung sollte folgende Informationen enthalten:

Name und Vorname, Adresse, Telefon, Hochschule, Studiengang, ggf. e-mail, Reisekosten durch Fachschaft oder AStA abgedeckt ?

Wir beabsichtigen, eine Liste der eingegangenen Anmeldungen mit Name, Ort und Telefon bzw. e-mail wöchentlich hier auf dieser Homepage zu veröffentlichen, so daß Ihr Euch zu günstigen Gruppenreisen zusammentun könnt (und dann wird die Fahrt auch nicht so langweilig). **Sollte jemand damit nicht einverstanden sein, bitte vermerkt dies auf Eurer Anmeldung !**

Fragen und Infos:

Katrin: 040 - 6890652

Swantje: 040 - 2204230

Christiane: 040 - 22696909

Jimmie: 040 - 29822427

Bisheriger Zeitplan

(Änderungen vorbehalten)

Donnerstag, 18. November 1999

Anreise bis 19.00 h,
19.30 h Treffen in Raum 11 (HfbK)
20.00 h Begrüßungsmahlzeit und Kennenlernen
22.00 h Beziehung der Sporthalle

Freitag, 19. November 1999

8.00 h Stadtrundfahrt und Besichtigung verschiedener Projekte
u.A. Die Wunschhäuser der Baufrösche, Edle, Kulka in Hamburg am Waldrand, High-Tech Solararchitektur von Teherani, solare Nahwärme Braunfeld, Drachenbau AG (Wohnprojekte)...

Anschließend (13.00 h geplant) Besuch der Niedrigenergiebaumesse
19.00 h Abendessen und gemeinsames Beisammensein danach: freier Abend für Kiez und Kultur.

Samstag, 20. November 1999

11.00 h Symposium:
EinBlicke ins nächste Jahrtausend - kommt die Architektur der Nachhaltigkeit ?! 19.00 h Ökobau III - Party

Sonntag, 21. November 1999

10.00 h Brunch und offizielles **StABiL** - Treffen danach gemeinsame Abschlußbesprechung ab 15.00 h Abreise oder freie Zeit in Hamburg

Highlight: SYMPOSIUM

**EinBlicke
in nächste Jahrtausend -
kommt die Architektur der
Nachhaltigkeit ?**



**Samstag, 20. November 1999
Hochschule für bildende Künste Hamburg**

Einleitung

Viele von uns blicken neugierig und erwartungsvoll auf das, was die Zukunft uns bringen wird. Es dürfte mittlerweile eine weitgehend unbestrittene Tatsache sein, daß ein Umdenken im Umgang mit unserer Umwelt und ihren Ressourcen die größte Herausforderung für unsere und die kommenden Generationen sein wird. Ein Blick in die Medien, ins Internet, in Zeitungen und Zeitschriften zeigt, daß sich immer mehr Institutionen und Individuen mit der Problematik der Nachhaltigkeit beschäftigen. Trotzdem wird dieses Thema immer noch isoliert betrachtet, als Nische bestimmter Personengruppen oder als Nebenaspekt.

Im Architekturalltag wird dieser Bereich reduziert auf wenige technische Aspekte - Photovoltaik, Passivhausstandard, Wärmerückgewinnung.

In der Lehre hingegen dominieren Sichtbeton, Raumerlebnis, theoretische Stildebatten und die allgemein gültigen Regeln der Technik. Die Auseinandersetzung mit dem Zukunftsthema obliegt auch hier einigen Spezialisten, im allgemeinen den Professoren, die für den technischen Ausbau zuständig sind.

Ziele

Ziel des Symposiums soll es sein, das Themengebiet der Nachhaltigkeit aus dieser Nische herauszunehmen und seine Bedeutung für die weitere Entwicklung der Architektur zu Beginn des kommenden Jahrtausends herauszuarbeiten. Es soll verdeutlicht werden, daß eine Reduktion auf rein bautechnische Aspekte völlig unzureichend ist. Ein veränderter Umgang mit Umwelt und Ressourcen wird vielmehr gravierende Auswirkungen darauf haben, wie zukünftige Architektengenerationen bauen (oder auch nicht bauen) werden.

Kernfragen

Die erwünschte Diskussion läßt sich in folgenden Kernfragen erfassen:
Wie wird eine nachhaltige Gesellschaft aussehen und welche Auswirkungen wird diese auf das Leben und Wohnen haben ?
Was sind die hieraus folgenden Konsequenzen für das Bauen und den Architekten ?
Wie muß eine Ausbildung aussehen, die hierauf hinreichend reagieren möchte ?

Ablauf

Für das Symposium sind vier Vorträge und eine anschließende Podiumsdiskussion vorgesehen. Die TeilnehmerInnen und ReferentInnen kommen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen und bieten somit differenzierte Sichtweisen zu den oben genannten Kernfragen. Es wird weder ein Fachvortrag noch ein Werkbericht erwartet, sonder vielmehr eine Darstellung ihrer Ideen und Visionen zur Zukunft und zum Thema des umweltgerechten Bauens.

Zeitplan für Samstag, den 20. November 1999

11.00 h Eröffnungsvortrag mit Dr. Franz Alt

15 min Pause

12.00 h Vortrag Holger König

45 min Pause

13.30 h Vortrag Stefan Behnisch

15 min Pause

14.30 h Vortrag Joachim Eble

30 min Pause

16.00 h Podiumsdiskussion

mit den Referenten sowie:

Hadi Teherani, Architekt., Hamburg
N.N.

Moderation: Prof. Asmus Werner, Dekan des Fachbereiches Architektur an der HfBK.

voraussichtliches Ende: 18.00 h

Wird ständig aktualisiert und ist via Internet unter:
<http://www.stud.uni-hamburg/users/iab/>

Anti-Atom

Atomunfall in Tokaimura

Am 30.9.1999 ereignete sich der bisher

schwerste Unfall der japanischen Atomgeschichte.

In der Atomanlage in Tokaimura kam es zu einer Kettenreaktion, 20 Stunden war die Anlage außer Kontrolle. Im unmittelbaren Umkreis wurden die AnwohnerInnen evakuiert, die über dreihunderttausend BewohnerInnen im Umkreis von 10 km wurden aufgefordert, sich in geschlossenen Räumen aufzuhalten. Es wird von 49 verstrahlten Menschen berichtet. Nach zwei Tagen wurde endgültig Entwarnung gegeben, die Leute kehrten nach Hause zurück. So, was ist geschehen?

Der schwere Unfall (*japanische Behörden sprechen von einem Zwischenfall der Stärke vier auf einer Skala von Null bis sieben ... möchte mal wissen, auf welcher statistisch hoch abgesicherten Grundlagen diese Zahlenspielerei, die dem ganzen vielleicht einen berechenbaren Touch geben soll, steht*) ist der vorläufige Höhepunkt einer

pannenreichen Geschichte

in Japan, die kaum öffentliche Beachtung fand. Zahlreiche kleinere oder größere Zwischenfälle könnte man aufzählen, z.B. ein beinahe-GAU im Schnellen Brüter von Monja 1995 oder ein Zwischenfall 1997, bei dem 37 ArbeiterInnen verstrahlt wurden – in Tokaimura.

Zu einer Kettenreaktion kam es, als Arbeiter der Wiederaufarbeitungsanlage beim Mischen mit Salpetersäure „versehentlich“ (Tagesschau vom 30.9.) zu viel Uran in den Behälter gaben: Versehentlich 16 kg statt der erlaubten 2,4 kg; mehr als das sechsfache der zulässigen Maximalmenge! Solche Tatsachen zeigen den Leichtsinns, der (auch) in hochindustrialisierten Ländern im Um-

gang mit Atomkraft an den Tag gelegt wird (d.h. meist bleibt er ja verborgen). 1993, beim Bau der Anlage, wurden Bedenken von AtomkraftgegnerInnen und auch Behörden noch abgewiesen, da in der Anlage nicht mit kritischen Massen gearbeitet werde. Aber wichtig ist der Atomlobby eine hohe Arbeitseffizienz und ein hoher Ertrag, da kann die Sicherheit schon mal auf der Strecke bleiben. Selbst wenn die Atomkraft technisch ungefährlich wäre, die Atomwirtschaft würde sie gefährlich machen.

Nachdem es zum

„blauen Blitz“

gekommen war dürfte den Betreibern der Anlage klar gewesen sein, wie ernst die Lage ist. Es gab in diesem Fall ganz klare Abmachungen, daß die Stadtverwaltung und Bevölkerung umgehend benachrichtigt werden sollen. Die Benachrichtigung erfolgte erst nach einer Stunde. Und es dürfte wohl klar sein, daß in dieser einen Stunde viel hätte passieren können, sowohl was Sicherheitsmaß-

nahmen für die Bevölkerung angeht, als auch was noch schlimmeren Szenarien von dem Unfall betrifft. Doch es wurde zuerst geschwiegen und dauerte eine ganze Weile, bis die AnwohnerInnen evakuiert wurden (denen im übrigen zu Beginn der Evakuierung genaue Informationen verweigert wurden). Zeitweise war in der Luft eine

viertausendfach erhöhte Radioaktivität

gemessen worden, spätere Messungen in der Umgebung sprechen von sieben bis zwanzigfach überhöhten Werten.

Mittlerweile erklärte die Regierung, daß sie von der ausgetretenen Strahlung keine Langzeitfolgen erwarte. Ein Euphemismus, der schon alleine der stark verstrahlten Arbeiter wegen blanker Hohn ist. Wer nur ein bißchen Ahnung von Radiologie hat, weiß, daß jemand der mit Strahlenkrankheit im Krankenhaus liegt nun wirklich Schlimmes zu befürchten hat. Wenn durch die Bestrahlung so viele Zellen zerstört

werden, daß es zu sofortigen Symptomen wie Übelkeit, Abnahme der Lymphocyten und starkem Blutdruckabfall kommt, sind gravierende Folgen zu erwarten. Doch selbst gegenüber den AnwohnerInnen ist diese Aussage ein Euphemismus, wird die Gefahr von niedrigen Strahlendosen mittlerweile doch realistischer (nämlich viel höher) eingeschätzt, besonders wenn es zum Austritt von Alphastrahlern kommt (z.B. Radon beim Zerfall von Uran). Es verwundert nicht, daß der Manager der Anlage von den AnwohnerInnen nicht sehr freundlich empfangen wurde, als er nach dem Unfall auf Knien und gesenkten Hauptes um Entschuldigung bat. Während der unkontrollierten Kettenreaktion herrschte erst mal Ratlosigkeit. Weder die Verantwortlichen der Anlage, noch japanische oder amerikanische Armee hatten eine Idee, was man unternehmen könnte, so daß sich die Maßnahmen erst mal auf blankes Hoffen beschränkten. Von Betreiberseite wurde zugegeben, daß man auf so einen Zwischenfall nicht vorbereitet sei. Verschiedene Wissenschaftler schätzten die Wahrscheinlichkeit eines

Super-GAU

verschieden hoch bzw. niedrig ein, offensichtlich war die Lage völlig außer Kontrolle und schien auch erst mal dort zu bleiben. Erst am nächsten Tag konnte die Kettenreaktion gestoppt werden (das moderierende Kühlwasser wurde abgepumpt). Einen dramatischen Tag lang konnte man beobachten, wie überfordert die Technik bei unvorhergesehenen Zwischenfällen (die nunmal doch auftreten) ist, wie unkontrollierbar ein solcher Unfall werden kann. Das „Citizens‘ Nuclear Information Center“ in Japan kommentierte die Situation während dieser Phase treffend „No one is aware of the situation inside the plant and nothing is being done.“

Der Unfall führte weltweit zu verstärkten Debatten über die Nutzung von Atomkraft. Vor allem

das Image der Atomlobby

in den westlichen Industriestaaten, daß ihre Anlagen ja sicher seien und nur die maroden Anlagen im Osten gefährlich sind, ist nicht mehr haltbar. Auch wenn Klaus Tägder vom Wirtschaftsverband Kernbrennstoffkreislauf „für Deutschland einen solchen Unfall ausschließen“ können möchten will gibt es von PolitikerInnen doch schon erste Reaktionen.

Clinton ordnete eine Überprüfung sämtlicher Atomanlagen der USA an, in Deutschland sehen sich die Umweltverbände in ihren Ausstiegsforderungen bestärkt, und sogar die Grünen (selbst die SPD-Basis) wollen (angeblich?) wieder ernst mit einem

„richtigen“ Atomausstieg

machen.

Aber es ist einfach nur traurig, daß es soweit kommen mußte, damit sich was tut in der parlamentarischen Ausstiegsdebatte. Und daß wohl noch mehr hätte passieren müssen, damit es endlich zum Ende des Atomzeitalters kommt.

Ingmar Harry

Ganz ohne Treibhausgase geht es nicht

TAZ am 28.9.99

Auch Atomreaktoren setzen klimaschädliches Kohlendioxid frei: Es fällt bei der Herstellung der atomaren Brennstäbe an.

Berlin (taz) - Auch Atomstrom kommt nicht völlig klimaneutral aus der Steckdose. Zwar erzeugen die AKWs im Betrieb keine Treibhausgase, wohl aber bei der



Produktion der Brennstäbe. Dazu ist nämlich ein aufwendiges Verfahren nötig, das den eigentlichen Brennstoff aus dem geförderten Uranerz anreichert. Vergleichbare Prozesse spielen auch bei anderen Energiequellen eine Rolle: So ist Methan, ein wesentlicher Bestandteil des Erdgases, selbst ein Treibhausgas, sodass jedes Methanmolekül, das unverbrannt aus den Leitungen entweicht, das Klima schädigt. Dummerweise ist Methan selbst sogar 25-mal schädlicher fürs Klima als sein Verbrennungsprodukt Kohlendioxid.

Die in Deutschland allgemein anerkannte GEMIS-Datenbank des Öko-Instituts schätzt, dass pro Kilowattstunde AKW-Strom umgerechnet 35 Gramm Kohlendioxid freiwerden. Zum Vergleich: Bei Wasserkraft sind es 33 Gramm, bei Windkraft 20 Gramm, bei modernen Solarzellen sind es durch ihren aufwendigen Herstellungsprozess 107 Gramm pro Kilowattstunde. Ein moderner Steinkohleleiler setzt mit deutscher Kohle 1.000 Gramm frei, ein modernes Gaskraftwerk alles in allem 400 Gramm an Treibhausgas.

Nun kann man in Kohle- und Gaskraftwerken, anders als bei Atommeilern, auch die Abwärme nutzen und sie etwa als Fernwärme in die Heizkessel von Wohnhäusern pumpen. Nimmt man das in die Rechnung hinein, ergibt sich eine Gutschrift für den eingesparten Brennstoff zum Heizen. Ein modernes Gaskraftwerk mit Wär-

menutzung (so genannte Kraft-Wärme-Kopplung) käme dann auf 138 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde Strom - viermal so viel wie ein deutsches AKW.

Damit sind Gasturbinen nicht mehr so weit entfernt von der Atomkraft - und bereits besser, als Reaktoren in den USA. Dort wird

nämlich ein energieaufwendigeres Verfahren zur Anreicherung der Brennstäbe verwandt, sodass ein AKW pro Kilowattstunde um die 150 Gramm Kohlendioxid erzeugt. Das ist endgültig nicht mehr klimafreundlich.

Die Märchenstunde der Atomkraft-Lobby

von Matthias Urbach (gekürzt und verändert), TAZ am 28.9.99

Ein wichtiges Argument der Atomlobby scheint zu sein, daß Strom aus Atomkraftwerken Kohlendioxid spart, und damit zum Klimaschutz beiträgt. Japans und Spaniens Regierungen planen durch den Neubau von Reaktoren ihren Part zum Klimaschutz beizutragen. Die insgesamt 430 AKW sparten im Vergleich zum herkömmlichen Energiemix weltweit 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid im Jahr ein. Ist der Ausbau der Atomenergie also der

Königsweg für den Klimaschutz?

Müssen wir uns ein stabiles Klima mit radioaktivem Müll erkaufen?

Keineswegs. Denn die Atommeiler mögen zwar klimafreundlich sein, sie sind aber auch teuer. Wer das Klima möglichst stark schonen möchte, sollte aber die Möglichkeit wählen, bei der Kohlendioxid für wenig Geld vermieden wird. "Der Neubau von AKW ist sicher eine teurere Klimaschutzvariante als das Energiesparen oder moderne Gaskraftwerke", urteilt etwa Stefan Thomas, Energieexperte am Wuppertal-Institut. Bereits 1988 wiesen Umweltforscher vom Rocky Mountains Institute in Colorado erstmals daraufhin, dass nach ihren Schätzungen für dasselbe Geld mindestens zweieinhalbmal mehr Kohlendioxid durch Energiesparen vermieden werden könne als durch neue Atommeiler.

Das Öko-Institut kam 1996 im Auftrag des hessischen Umwelt-

ministeriums sogar zu dem Schluss, dass der

Klimaschutz mit AKW dreibis viermal teurer

ist als mit einem "Mix von Alternativen - von Stromeinsparen und Kraft-Wärme-Kopplung bis zu Biomasse und Wind". Fazit: "Anstatt - wie immer behauptet - 150 Millionen Tonnen Kohlendioxid zu vermeiden, entstehen durch Investitionen in AKW in Deutschland knapp 500 Millionen Tonnen mehr als bei den Alternativen", schreibt Gutachter Uwe Fritsche. "Kohlendioxid-Einsparung durch AKW erweist sich als reines Märchen."

Bis zum Jahre 2005 muß der Kohlendioxidausstoß um 25 % gesenkt werden. Eine Alternative zu dem Neubau von AKW stellen moderne Gaskraftwerke dar, die den Strom billiger liefern. Sie sind auch viel schneller gebaut und erfordern eine geringere Investition - das mindert die Risiken für den Unternehmer, der sich im liberalisierten Strommarkt nicht mehr auf einen langfristig sicheren Stromabsatz verlassen kann. Ein ökonomisches Argument, daß

gegen den Neubau von AKW spricht!

Was geschieht mit den bestehenden, risikoträchtigen Atommeilern? Zur Erreichung des Klimaschutzzieles ist die Kernenergie auf Dauer nicht notwendig", heißt es in der Amtsstudie des Wuppertal-Institutes: "Nachhaltiges Deutschland". Die Gutachter gingen von einem Ausstieg in zehn Jahren aus und sahen sogar vor, dass der Energiesektor seinen Kohlendioxidausstoß um 30 Prozent senkt, um Zuwächse beim Verkehr auszugleichen. Allerdings müsste die Regierung Schröder den Ausstieg durch eine "erheblich offensivere Energieeinspar- und Klimaschutzpolitik flankieren", als das unter Kohl der Fall war. Eine zentrale Energieversorgung mit riesigen Reaktoren, deren Stromangebot verkauft werden will,

blockiert dagegen Innovation und Energiesparen,

urteilt das Umweltbundesamt, weil somit der Impuls fehlt, Techniken voranzutreiben, um erneuerbare Energien zu verbilligern.

Das Überangebot an Strom blockiert somit schon länger neue Techniken. Wie? Beim AKW fallen die laufenden Kosten im Vergleich zu den Investitionskosten vergleichsweise gering aus. Um nicht auf den hohen Fixkosten sitzen zu bleiben, bieten die Atombetreiber ihren Strom lieber zu Dumpingpreisen an, statt ihre Meiler nur auf halber Kraft laufen zu lassen.

Claudia Weiermann

Kanzler, wir kommen

Wolfgang Ehmke, FR vom 28.9.99, gekürzt

Der Preiskrieg im Energiesektor durch die "Liberalisierung" droht alle Ansätze zur Förderung der regenerativen Energiequellen zu konterkarieren, weil die Stromriesen die Stadtwerke schlucken oder in den Ruin treiben werden. Statt der Gebietsmonopole mit ihren Leitungsrechten kristallisieren sich drei oder vier große Anbieter heraus, die dank ihrer Rücklagen aus der Monopol- Vergangenheit (zum Beispiel mit den 70 Milliarden Mark für die nukleare Entsorgung) und mit Hilfe ihrer Mautgebühren für die Durchleitung von Strom die Konkurrenz ausschalten. Nicht die Energieersparnis, sondern der verschwenderische Umgang mit Strom wird in Zukunft belohnt. Die Kosten pro Kilowattstunde sinken bei höherem Verbrauch.

Ökologische Grundsätze

wie die Ressourcenschonung ("Negawatt statt Megawatt") oder die Vermeidung von Leitungsverlusten sind Schnee von gestern, wenn eine Kilowattstunde für einen großen Konzern nur noch mit 1,8 bis drei Pfennig zu Buche schlägt - so billig wird der stark subventionierte Atomstrom aus Frankreich oder Osteuropa derzeit angeboten. Mit den Erlösen der Stadtwerke sanieren viele Kommunen ihre chronisch defizitären Haushalte. Der öffentliche Personennahverkehr, Bibliotheken und Schwimmhallen werden so gestützt. Abertausende Arbeitsplätze hängen an der kommunalen Energieversorgung; der lautstark beklagte Arbeitsplatzverlust bei der Schließung der AKW wäre ein Klacks gegenüber dem Zusammenbruch der kommunalen Energiewirtschaft.

Wer in dieser Situation demonstriert, sollte sich um potentielle Bündnispartner mühen. Bislang haben sich die IGBCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie) und die ÖTV von einer Handvoll Funktionären (meist Betriebsräten) bezirren

lassen, sich für die Atomkraft und gegen die Ausstiegsbewegung zu positionieren. Schlagartig hat sich mit dem Stromkrieg die Lage geändert und

völlig neue Bündnismöglichkeiten

drängen sich auf: So trecken die Bäuerinnen und Bauern aus dem Wendland am 13. November nach Berlin. Sie haben die Ausstiegsversprechen, die Hinhaltetaktik satt.

Die Grünen wollten ihre Regierungsbeteiligung messen lassen an veritablen Ausstiegsschritten. Ein Jahr lang wurde konsensverhandelt - ohne Erfolg. Stattdessen droht die Wiederaufnahme von Castortransporten und die Inbetriebnahme des Schachts Konrad bei Salzgitter als Endlager beziehungsweise der Pilot- Konditionierungsanlage in Gorleben. Die SPD wollte sich messen lassen an der Senkung der Arbeitslosenquote. Die Stadtwerker haben es der Bundesregierung in Berlin unter die Nase gerieben. Der Frust über den Verlust von Arbeitsplätzen als Folge der Preiskämpfe auf dem Strommarkt, von dem allein die Konzerne profitieren, kommt zur Deckung mit dem Frust Anti-Atom- und Umweltbewegter über enttäuschte Ausstiegsversprechen. Stadtwerker & U-Bahnfahrer, Heizungs-, Widerstands- & Niedrigenergiehausbauer, Anti-Atom-Bewegte & -Betagte .-

gemeinsam sind sie stark.

Schon einmal, im März 1979, rollten Trecker in eine (Landes-) Hauptstadt. Und unter dem Eindruck Abertausender, die für eine Wende in der Energiepolitik und den Atomausstieg demonstrierten, erklärte ein niedersächsischer CDU- Ministerpräsident, Ernst Albrecht, den Ausbau des Atomprogramms für politisch nicht durchsetzbar. Heute geht es um viel mehr: "Gerhard, wir kommen".

Der Autor ist Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Gentechnik

GentechnikgegnerInnen ernteten manipulierte Pflanzen

Aktionscamp gegen Gentechnik bei Berlin war ein großer Erfolg

Mehr als hundert GentechnikgegnerInnen fanden sich trotz kurzer Mobilisierungszeit am Sonntag, dem 22. August, am Versuchsfeld der Hoechst/Schering Tochter AgrEvo bei Schönfeld ein, um die dort angepflanzten gentechnisch manipulierten Mais- und Zuckerrübenpflanzen frühzeitig abzuernsten. Das Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche hatte öffentlich zu dieser

in Deutschland bisher einmaligen Ernteaktion

aufgerufen. Die etwa 50 anwesenden PolizistInnen und Wachschützer waren sichtlich überfordert und so gelang es Einzelnen, die doppelte Umzäunung zu überwinden und unter großem Jubel auch einige Pflanzen zu ernten. Die Stimmung war sehr friedlich und ausgelassen. Die Polizei nahm nie-

manden fest, stellte aber die Personalien der ErntehelferInnen fest. Ob AgrEvo Anzeige erstattet, ist bisher nicht bekannt. Viele derjenigen, die sich diesmal noch nicht trautes, auf das Feld zu gehen, kündigten direkt nach der Aktion an, sich beim nächsten Mal auch selbst an der Ernteaktion beteiligen zu wollen. Die Ernteaktion war der Höhepunkt des "Aktionscamp für eine gentechnikfreie Landwirtschaft". Zehn Tage lang campten 20-50 Menschen ständig in der Nähe der Versuchsfelder in Schönfeld und Tempelfelde (Landkreis Barnim/Brandenburg) und verhinderten so während dieser Zeit die von AgrEvo geplante Aussaat von gentechnisch manipuliertem Winterraps. In Tempelfelde setzt der US-amerikanische Gentechnikkonzern Monsanto gentechnisch veränderten Mais frei. Bei zahlreichen Aktionen, wie einem

**Leben Sie gesünder!!!!!!
Rauchen Sie Extrem Wenisch.
Die fortgeschrittene Gentechnik
macht es möglich. Speziell
gezüchtete Tabakpflanzengeben
Ihnen das Gefühl,
ultra-extrem-fette-starke Ware zu
rauchen. Das stimmt auch. Doch
nun haben Sie kein schlechtes
Gewissen mehr, denn Sie rauchen
extrem wenisch!**

Straßentheater,

Intelligente Kartoffeln leuchten

Forscher der Universität Edinburgh arbeiten an einer „intelligenten“ Kartoffel, die ihren Wasser- und Nährstoffbedarf durch Leuchten anzeigt. Grund sei die Kombination mit einem fluoreszierenden Gen, das bei manchen

Informationsveranstaltungen

in Lebensmittelläden und dem Besuch einer Wahlkampfveranstaltung des brandenburgischen Landwirtschaftsministers, wurde die Bevölkerung über die Freilandversuche in Schönfeld und Tempelfelde und die Gefahren der Gentechnik informiert. Vorträge und Diskussionen beschäftigten sich mit der Gentechnik, aber auch mit anderen Problemen, wie z.B. Rassismus in Brandenburg. Mit zahlreichen Nachtwanderungen zu den Versuchsfeldern und der öffentlichen Ernteaktion wurde gleichzeitig Druck auf die Konzerne und die verantwortlichen Politiker ausgeübt. Ein Sprecher des Barnimer Aktionsbündnisses wertete das Camp als großen Erfolg.

Kontakt und nähere Informationen:

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche
c/o DOSTO, Breitscheidstr. 43a,
16321 Bernau, Tel./Fax:
03338/5590
e-mail:
genaktionsbueundnis@bernaunet
<http://www.bernaunet/home/dosto/gengruppe.htm>

Quallenarten vorkommt. Da die Pflanzen die nötige Menge an Wasser und Nährstoffen erhielten, rechnen die Forscher mit einer Verdreifachung der Erträge.

Anti-Expo

Bericht vom 3. bundesweiten Anti-EXPO-Treffen

Anfang August trafen sich ca. 50 Anti-EXPO'lerInnen auf dem a-camp zum 3. bundesweiten Treffen. Während die beiden ersten Treffen eher von theoretischen Debatten über die EXPO und von Gegenstrategien geprägt waren, wurde es diesmal konkreter. Nach einer Bündnisdebatte folgte die erste Planung direkter

Aktionen.

Bezüglich der Bündnisdebatte bestand Einigkeit, daß die Anti-EXPO-Bewegung grundsätzlich offen für alle Gruppen ist, die die EXPO als offene Werbung für das kapitalistische Gesellschaftsmodell ablehnen. Die Demaskierung der EXPO, als Akzeptanzbeschaffungsprojekt für die Reichen und Mächtigen ist das Ziel der Bewegung. Eine Relativierung dieses Standpunktes, um die Bewegung für irgendwelche Gruppen attraktiv zu machen, wie bei den Köln '99 Bündnissen bezüglich der offenen Grenzen Debatte geschehen, wird es nicht geben.

Auf der EXPO präsentieren Großkonzern und Regierungen einen kompletten Zukunftsentwurf, der alle gesellschaftlichen Bereiche umfaßt. Dies macht es möglich, daß sich alle ein-punkt bezogenen Bewegungen an dem Widerstand direkt beteiligen und so alle Bausteine der EXPO auseinander genommen werden können. Dieser Aufruf soll in viele politische Gruppen und Zusammenhänge hineingetragen werden. Auch wenn für die EXPO mobilisiert wird, soll dies kein Versuch der Vereinnahmung einzelner Gruppen für die Anti-EXPO Arbeit sein, sondern der Versuch

gemeinsame Widerstandsstrukturen

zu entwickeln, die über die EXPO hinaus bestehen sollen. Die EXPO ist nicht Grund sondern Anlaß der Arbeit. Es soll dabei keine hierar-

chische Organisation entstehen, aber eine Struktur, die über die unverbindliche bloße Vernetzung hinausgeht.

Als ersten direkten Aktionstag dieser Bewegung soll der nächste

„Global Action Day“

am 30.11.99 (parallel zur WTO-Konferenz in Seattle) genutzt werden. Die globalen Aktionstage tragen die Idee des gemeinsamen, dezentralen Widerstandes gegen die kapitalistische Ausbeutung bereits in sich, werden aber bislang in Europa kaum beachtet. Sie sollen gemeinsam mit der EXPO zu Kristalisationspunkten des Versuches Widerstand zu leisten und Gegenmacht von unten aufzubauen werden. Alle Gruppen und Zusammenhänge sind daher aufgerufen, den 30.11. für möglichst vielfältige Aktionen in ihrer Region zu nutzen. Dabei wird es kein zentrales Aktionskonzept oder Dominanzen geben, denn Ziel ist eine breite Aktionsvielfalt bei der jede Gruppe ihre eigenen Ideen, Konzepte und

Schwerpunkte einbringen kann - aber eben in einem Bezug zu der Forderung nach einer emanzipatorischen Gesellschaft, Selbstorganisation, selbstbestimmtem Leben als

Gegenmodell zum Neoliberalismus.

Diese dezentrale Struktur des Widerstandes soll auch während

der EXPO im Jahre 2000 beibehalten werden. In Hannover selbst wird es aufgrund des gigantischen Polizeiaufmarsches kaum möglich sein Aktionen durchzusetzen und was dann davon an die Öffentlichkeit gerät, ist - vgl. Köln - äußerst fraglich. Deshalb erscheint es sinnvoller die EXPO auch an ihren vielen dezentralen Standorten, eigentlich in jeder größeren Stadt ist irgend ein EXPO-Projekt, anzugreifen. Hier werden nicht ganz so viele Cops rumlaufen, wie in Hannover und es ist im allgemeinen einfacher in regionalen Medien Beachtung zu finden.

Trotz aller dezentralen Strukturen soll es natürlich auch zentrale Aktionen in Hannover geben. Eine Großdemonstration am Tag der Eröffnung der EXPO, dem 1.6.2000 ist leider nur schwer möglich, da es ein Donnerstag ist. Deshalb wird es am Samstag davor (27.5.) eine Großdemo in Hannover als Auftakt einer

Aktionswoche

mit Camps geben. Abschluß dieser Woche werden die Innenstadtaktionstage am 3./4.6. in Hannover sein. Diese Woche soll nur den Auftakt für fünf aktionsreiche Monate bilden. Unter anderem noch geplant sind eine Anti-Gentechnik-Woche, ein antinationaler Aktionstag am 3.10. und die Präsentation von emanzipatorischen Gegenentwürfen auf einer Alternativausstellung.

Das nächste bundesweite Treffen wird vom 12.-14.11. in Bielefeld stattfinden (siehe Termine).

Köln '99

Mit Sicherheit gehören die Aktivitäten rund um die Gipfeltreffen in Köln zum diesjährigen Mobilisierungshöhepunkt in Deutschland. Allerdings gehen die Meinungen über Ablauf und Erfolg von den Gegenaktionen aller Art weit auseinander. Wichtig ist eine kritische Auseinandersetzung und

Nachbereitung der Aktionen, auch wenn diese nicht zur totalen Selbstzerfleischung oder gar Resignation führen sollte.

Da die Meinungen über Sinn und Unsinn der Aktionen auch in der Redaktion unterschiedlich sind, haben wir uns entschlossen, zwei verschiedene Meinungen zum

Gipfelsturm unkommentiert abzudrucken: ein Artikel der NGO Weed, ein Artikel der Gruppe Landfriedensbruch.

Wir hoffen damit einen kleinen Beitrag zur Diskussion beisteuern zu können.

Auswertung der Alternativaktivitäten und des Alternativkongresses

von Peter Wahl (WEED)

I. Allgemeine Bilanz der alternativen Gipfelaktivitäten

1. Es ist gelungen, bereits im Vorfeld des G-7 als auch zum Gipfel selbst ein politisches Klima zu schaffen, in dem alternative Vorstellungen zu den offiziellen Regierungspositionen einen breiten Raum in der Öffentlichkeit einnehmen konnten. Das Medienecho war außerordentlich gut und im Vergleich zu den Gipfeln in München 1992 und Bonn 1985 um einige Größenordnungen stärker. Insofern waren die Gipfelaktivitäten ein Erfolg für alternative Politik.

2. Mit der Menschenkette (35.000 TeilnehmerInnen) und der Demonstration (10.000 TeilnehmerInnen) kam in Köln die größte Aktion zu einem Nord-Süd-Thema seit der IWF-Weltbankkampagne 1988 und zu einem Weltwirtschaftsgipfel in der Bundesrepublik überhaupt zustande. Auch im Vergleich zu den Gipfeln in Denver 1997, Halifax 1996, Lyon 1995 war die Mobilisierung beachtlich.

3. Dieser Erfolg ist auf dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß

a) die Monate vor dem Gipfel vom Jugoslawienkrieg überschattet waren. Damit war zugleich ein großer Teil derjenigen gesellschaftlichen Sektoren, die für emanzipatorische Politik ansprechbar sind, absorbiert. Der

Krieg überschattete auch die Mobilisierung aller Alternativaktivitäten (incl. Menschenkette).

b) der EU-Gipfel vierzehn Tage vorher, zu dem ebenfalls eine Demonstration (30.000 TeilnehmerInnen) und ein Gegenkongreß stattfanden, hatte einen Teil der mobilisierbaren Kräfte gebunden.

c) die neue Regierungskonstellation im sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und Teilen des grünen Milieus die Illusion geweckt hatte, daß gesellschaftliche Bewegung jetzt überflüssig geworden sei.

4. Das zu 90% beherrschende Thema der Alternativaktivitäten war die

Verschuldung

der Entwicklungsländer. Dies ist auf folgendes zurückzuführen:

a) die Bundesregierung hatte bereits im Januar eine Initiative zur Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer angekündigt, die ihrerseits auf den wachsenden öffentlichen Druck (beim G-7 1998 in Birmingham waren 50.000 Menschen auf der Straße) reagierte,

b) die Aktivitäten der internationalen Jubilee 2000 Kampagne.

c) Die langjährige kritisch-kompetente Begleitung des Schulden-themas durch einige Nichtregierungsorganisationen, (WEED u.a.). Dabei war bis weit in die Mainstream-Medien hinein eine große Offenheit für eine kritische

Sichtweise auf die offizielle Schuldeninitiative festzustellen.

5. Das zweite Thema, das eine gewisse, wenn auch nicht im entferntesten mit der Schulden-thematik zu vergleichende Aufmerksamkeit gewann, war das der Reform des internationalen Finanzsystems. Hier war WEED praktisch die einzige Organisation, die das Thema aus kritischer Sicht thematisierte. Andere Themen wie Zukunft der Arbeit, Migration, AKW's in der Ukraine (letzteres innenpolitisch bis kurz vor dem Gipfel von Bedeutung) etc. konnten dagegen keine Rolle beim Gipfel spielen (wie übrigens auch beim offiziellen Gipfel). Generell bestätigte sich die alte Erfahrung, daß die Zuspitzung auf ein Einzelproblem die größten Mobilisierungschancen besitzt.

6. Zur öffentlichen Wirkung beigetragen haben in erster Linie die Erlaßjahrkampagne und dann der Alternativkongreß. Die Demon-

stration konnte sich dagegen in der Öffentlichkeit kaum profilieren. Die zahlreichen anderen Aktivitäten, die es wie immer zu den Gipfeln gab, waren dagegen in den Medien so gut wie überhaupt nicht sichtbar. Dazu gehören sowohl Straßenaktionen von Peoples Global Action und ihrer Internationalen Karawane vor den Bayer Werken Leverkusen und die "Laugh Parade" in der Kölner Innenstadt, als auch die zahlreichen Saalveranstaltungen der Erlaßjahrkampagne, Gemeinsamer Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Friends of the Earth etc.

7. Allerdings muß auch bei der Schulden thematik nüchtern gesehen werden, daß in der Sache - dem

Schuldenerlaß

- kein substantieller Fortschritt, geschweige denn ein Durchbruch erzielt wurde. Ausnahmsweise muß Schröder zugestimmt werden, als er sagte, der Erlaß sei keine zusätzliche Belastung für die Steuerzahler, da die Schuldner sowieso auf Dauer zahlungsunfähig seien. Aus deutscher Sicht ist der Unterschied zu früher, daß die Bundesregierung ihre frühere Bremsrolle aufgegeben hat und jetzt im Hauptstrom der G-7 mitschwimmt.

8. Obgleich Köln die bedeutendste Massenaktion für ein Nord-Süd-Thema seit 1988 brachte, kann nicht übersehen werden, daß die Mobilisierung unter den Erwartungen blieb. Dies gilt auch für die Menschenkette, die nicht die erwarteten 50.000 brachte. Zweifellos spielte neben den unter Punkt 3 genannten Rahmenbedingungen der parallel in Stuttgart stattfindende Kirchentag hier zusätzlich eine Rolle, sowie die geschickte PR-Arbeit der Bundesregierung, die bei einem Teil des nicht sehr politisierten Publikums der Erlaßjahrkampagne suggerierte, daß die Regierungen die Forderungen der Gesellschaft erfülle und Druck von unten nicht mehr nötig sei. Zwar kann auch die Demonstration "mildernde Umstände" geltend

machen, z.B. daß erst wenige Tage vorher durch Gerichtsbeschuß ein brauchbarer Kundgebungsplatz feststand, dennoch muß unabhängig davon die Mobilisierungsschwäche hier als dramatisch bezeichnet werden.

II. ALTERNATIVKONGRESS

1. Nach der Menschenkette erzielte der Kongreß die größte Medienaufmerksamkeit und war in dieser Hinsicht ein sehr guter Erfolg.

1.1. Die Menschenkette

1.1.1. Die Menschenkette

1.1.2. Die Menschenkette

1.1.3. Die Menschenkette

1.1.4. Die Menschenkette

1.1.5. Die Menschenkette

1.1.6. Die Menschenkette

1.1.7. Die Menschenkette

1.1.8. Die Menschenkette

1.1.9. Die Menschenkette

1.1.10. Die Menschenkette

1.1.11. Die Menschenkette

1.1.12. Die Menschenkette

1.1.13. Die Menschenkette

1.1.14. Die Menschenkette

1.1.15. Die Menschenkette

1.1.16. Die Menschenkette

1.1.17. Die Menschenkette

1.1.18. Die Menschenkette

1.1.19. Die Menschenkette

1.1.20. Die Menschenkette

1.1.21. Die Menschenkette

1.1.22. Die Menschenkette

1.1.23. Die Menschenkette

1.1.24. Die Menschenkette

1.1.25. Die Menschenkette

1.1.26. Die Menschenkette

1.1.27. Die Menschenkette

1.1.28. Die Menschenkette

1.1.29. Die Menschenkette

1.1.30. Die Menschenkette

nären präsent war. Die Teilnahme von jungem, politisch nicht festgelegtem Publikum zeigt, daß es einen neuen Bedarf an Veranstaltungen mit Orientierungscharakter gibt.

5. Bündnispolitisch ist mit dem "harten Kern" der Trägerorganisationen eine interessante Konstellation entstanden, die über den Anlaß hinaus interessant ist, vor allem für möglich werdende außerparlamentarische Neustrukturierungsprozesse infolge der innenpolitischen Entwicklung.

1.2. Der Alternativkongress

1.2.1. Die Menschenkette

1.2.2. Die Menschenkette

1.2.3. Die Menschenkette

1.2.4. Die Menschenkette

1.2.5. Die Menschenkette

1.2.6. Die Menschenkette

1.2.7. Die Menschenkette

1.2.8. Die Menschenkette

1.2.9. Die Menschenkette

1.2.10. Die Menschenkette

1.2.11. Die Menschenkette

1.2.12. Die Menschenkette

1.2.13. Die Menschenkette

1.2.14. Die Menschenkette

1.2.15. Die Menschenkette

1.2.16. Die Menschenkette

1.2.17. Die Menschenkette

1.2.18. Die Menschenkette

1.2.19. Die Menschenkette

1.2.20. Die Menschenkette

1.2.21. Die Menschenkette

1.2.22. Die Menschenkette

1.2.23. Die Menschenkette

1.2.24. Die Menschenkette

1.2.25. Die Menschenkette

1.2.26. Die Menschenkette

1.2.27. Die Menschenkette

1.2.28. Die Menschenkette

1.2.29. Die Menschenkette

1.2.30. Die Menschenkette

1.2.31. Die Menschenkette

1.2.32. Die Menschenkette

1.2.33. Die Menschenkette

1.2.34. Die Menschenkette

1.2.35. Die Menschenkette

von Gruppe Landfriedensbruch

Vom Gipfel kann es nur aufwärts gehen...

Internationales

Zweite Konferenz von Peoples' Global Action

Rund 200 TeilnehmerInnen versammelten sich im August 1999 im indischen Bangalore zur zweiten Konferenz von Peoples' Global Action (PGA, Vorstellung von PGA siehe HUI 6/98).

Bei der Konferenz der PGA (die sich als loser

Zusammenschluß von Basisbewegungen

aus allen fünf Kontinenten versteht) verzeichnete die Weltkarte des Netzwerkes einige unverzeihliche weiße Flecken: es fehlten VertreterInnen aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Osteuropa, was teilweise über verspätete Visaanträge begründet wurde. Die 30köpfige nepalesische Delegation verließ mehrheitlich die Konferenz, da sie sich unwürdig behandelt fühlte (ein Bewußtsein für das schwierige Verhältnis zwischen Indien und Nepal schien hier bei den meisten TeilnehmerInnen zu fehlen). Mehrheitlich kamen die TeilnehmerInnen aus Westeuropa und Indien.

In Arbeitsgruppen wurde ausführlich über Rolle und Struktur der PGA debattiert, wobei die Auseinandersetzungen manchmal etwas abstrakt gehalten wurden. Es wurden konkrete strukturelle Maßnahmen eingeleitet, wie der Aufbau eines regional organisierten Kommunikationsnetzwerkes, das regionale und globale Bulletins möglichst alle drei bis vier Wochen unter's Volk bringen soll. Interkontinental zusammengesetzte Arbeitsgruppen kümmern

sich um das globale Bulletin, eine Datensammlung zu lokalen Kämpfen, Übersetzungsarbeiten, die Bekanntmachung von PGA (so soll eine Rundreise in afrikanischen Ländern den dortigen Bekanntheitsgrad von PGA erhöhen), die Diskussion von Strategien sowie die Gestaltung von Webseiten. Somit konnte einiges an globaler Vernetzung auf der Konferenz erreicht werden.

Inhaltlich wurden in "Hallmarks" Prinzipien der PGA verfaßt, auch eine Erweiterung des "Manifesto", ein Grundkonsens der PGA, wurde andiskutiert, eine ausführliche Diskussion wurde auf die nächste Konferenz verschoben. Vermißt wurde eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ereignissen, wie eine Auswertung der Internationalen Karawane im Mai/Juni 1999, Folgen des NATO-Krieges in Jugoslawien, Terror in Osttimor oder verschärfte militärische Aggression in Chiapas. Zu schwierigen

Diskussionen

kam es bezüglich des Verhältnisses von Massenbewegungen im Süden und autonomen Gruppen in Westeuropa, denen in manchen Fällen ein halbes Dutzend Leute angehören, die aber manchmal einen ausführlichen Diskussionsprozeß führen und nicht hierarchisch organisiert sein wollen. Eine Einigung konnte im Plenum nicht erreicht werden, dafür in den anschließenden Arbeitsgruppen.

Im Vorfeld und Anschluß an die Konferenz besuchten TeilnehmerInnen auf einer

Rundreise

durch die Bundesstaaten Karnataka und Kerala Bäuerinnen, Bauern, Adivasi und andere AktivistInnen. Hier konnte viel über den lokalen Widerstand in Indien, z.B. gegen Staudammprojekte (z.B. erreichte eine lokale Bewegung, daß sich die Weltbank offiziell wegen der Proteste aus dem Bau des Sardar Sarova-Staudamms zurückzog) und auch gegen Gentechnikprojekte, die den Kleinbauern die Bewirtschaftungsgrundlage entziehen, erfahren werden und Kontakte geknüpft werden.

Viele AktivistInnen im Süden messen dem Netzwerk PGA auch in Zukunft eine wichtige Funktion zu. Unzulänglichkeiten seien auch der Tatsache zuzuschreiben, daß das Netzwerk noch in den Kinderschuhen steckt. Innerhalb der letzten 18 Monate hat PGA trotz aller Schwierigkeiten schon einiges an globaler Vernetzung erreicht, die Konferenz war hier trotz Probleme ein Schritt nach vorne.

Ann Staffield
(verändert v. Ingmar Harry)

Repression gegen Umweltaktivisten in Moskau

Eine verzweifelte Mail erreichte uns aus Moskau von Vladimir Slivyak. Er wurde von der "Moscow criminal police" (MUR) für 1,5 Stunden gefangen gehalten, weil die MUR 100% überzeugt sei, dass russische Umweltgruppen

in engen Kontakt mit Terrorismus in Verbindung stehe. Als Hintergrund vermutet er selbst sein Engagement im antinuklearen - und Menschenrechtsbereich. Vladimir weiß auf den Versuch hin, dass der russischen Umweltbewegung

terroristische Absichten in die Schuhe geschoben werden sollen, damit der Mythos entsteht bei UmweltschützerInnen handele es sich um TerroristInnen.

TransFair goes Agenda und alle gehen mit?

Agenda 21 Aktion: „Von Küste zu Küste handeln wir fair!“

Nachdem nahezu die gesamte Umweltbewegung der Agenda 21 (dem Abschlußdokument der Rio Umweltkonferenz 1992) bereits auf dem Leim gegangen ist, scheinen sich jetzt auch die Eine-Welt und entwicklungspolitischen Initiativen nicht mehr für dieses neoliberale, atom- und gentechnikfreundliche Kampfblatt zu schade zu sein. So wurde vor kurzem die Aktion „Von Küste zu Küste handeln wir fair!“ als Agenda 21-Aktion gestartet. Neben allen größeren Supermarktketten (außer ALDI) wird diese von TransFair e.V. initiierte Aktion von zahlreichen Gemeinden, dem Land Schleswig-Holstein sowie den Eine-Welt-Läden und deren Organisationen (Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen, Fair-Handeln e.V.) unterstützt. Um es gleich vorwegzunehmen, den Fairen Handel zu unterstützen ist unbestritten sinnvoll, aber dies im Namen der Agenda 21 zu tun, ist so wie sich für Pazifismus mit der NATO einzusetzen (ist aber leider auch schon passiert).

Agenda 21 und Fairer Handel ein Widerspruch?

Die Agenda 21 wird von vielen 3.-Welt-Initiativen sehr unkritisch als Begründung für den „Fairen Handel“ herangezogen, dabei meint z.B. Gertrud Selzer von der „Aktion 3. Welt Saar“ zur Agenda 21: „Sie befürwortet ohne wenn und aber Atomenergie und den weiteren Ausbau der Gentechnik. Im Vorbeigehen wird auch noch Menschen in der sogenannten 3. Welt das europäische Entwicklungsmodell als das Alleinseligmachende präsentiert. Und weil die Menschen dort angeblich nicht fähig zu einer ökologischen Entwicklung sind, muß ihnen dies nun vom weißen Mann und der weißen Frau diktiert werden. Das ist Kolonialismus im Ökogewand!“. Tatsächlich gibt es in der Agenda 21 ein ganzes Kapitel, welches zur Öffnung aller Märkte insbesondere

in den Entwicklungsländern aufruft, aber auch in anderen Kapiteln läßt die Agenda kein Zweifel daran, daß die Wirtschaftsinteressen vor denen der Menschen und der Natur zu berücksichtigen sind. Hier einige Kostproben, was wörtlich in der Agenda steht:

"Sowohl binnenwirtschaftliche als auch internationale wirtschaftliche Bedingungen, die den Freihandel und den Zugang zu den Märkten unterstützen, tragen dazu bei, daß sich Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in allen Ländern - insbesondere in den Entwicklungsländern und in Ländern, die sich im Stadium des Übergangs zur Marktwirtschaft befinden - wechselseitig unterstützen ..."

"Umwelt- und Handelspolitik sollen sich gegenseitig unterstützen. Ein offenes multilaterales Handelssystem ermöglicht eine effizientere Allokation und Nutzung der vorhandenen Ressourcen und trägt damit zu einer Steigerung von Produktion und Einkommen und einer geringeren Inanspruchnahme der Umwelt bei..."

Das ist Neoliberalismus pur!

Als wenn nicht der jetzige Zustand der Globalisierung schon zu massiven negativen Auswirkungen gerade in der Dritten Welt geführt hätte (Verfall der Weltmarktpreise für Kaffee und andere Produkte, was ja eigentlich mal zu Fairem Handel geführt hätte). Da ist es schon fast grotesk, daß 3.-Welt-Gruppen für die Agenda 21 Werbung machen.

Der 3.-Welt-Handel scheint mittlerweile mehr am Absatz der eigenen Produkte interessiert zu sein, als wirklich politische Veränderungen herbeizuführen. Die Akteure in der Eine-Welt-Szene scheinen den Machthabern aus Politik

und Wirtschaft näher zu stehen, als den Menschen aus der Dritten Welt, die meist erkannt haben, daß ihr größter Gegner die Globalisierung und der Neoliberalismus ist. So begehen Indische Bauern Selbstmord, weil in Indien Erdnüsse aus Kalifornien verkauft werden, weil sie billiger als heimische Nüsse sind. In Nicaragua hat sich aus den Sandinisten, die früher gegen die Diktatur kämpften, eine sogenannte „Bewaffnete ökologische Front“ (FEA) entwickelt. Sie gehen vor allem gegen skrupellose Holzfäller an. In Nigeria versuchten sich die Einheimischen vergeblich gegen internationale Großkonzerne wie „Shell“ zur Wehr zu setzen. Auch Naturschutzverbände wie der WWF bedienen sich immer häufiger imperialistischer Methoden, wie dieses

Beispiel aus Indien

zeigt: „In Indien sollen 25 Dörfer der Ureinwohner „Adivasis“ für ein Naturschutzprojekt zum Schutze von Tigern weichen. Nach Plänen der Regierung in Neu-Dehli befinden sich die 25 Dörfer in einem Gebiet, das dem Bori-Reservat und dem Saturna-Nationalpark angegliedert werden soll. Für die UreinwohnerInnen bedeutet dies, daß sie sich bis zum Jahr 2000 eine neue Bleibe suchen müssen“. Für die meisten bedeutet dies Armut. Denn für die indigenen Gemeinschaften sind die Wälder des Schutzgebietes lebensnotwendig. In letzter Zeit werden allerdings auch kritische Stimmen zu dieser Form von Naturschutzprojekten laut. In den letzten 30 Jahren mußten in Indien tausende von Menschen wegen Entwicklungs- und Naturschutzprojekten umsiedeln. Die wenigsten wurden angemessen entschädigt, sie wurden stattdessen arbeitslos. ... Kritiker der indischen Umweltpolitik fordern nun, daß bei zukünftigen Planungen die Belange der Menschen vor Ort mehr berücksichtigt werden.“ Noch krasser wird dieser